Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Exped. Neue Graupenstr. 5/6, u. durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk 2.50, frei ins Haus Mk [illegible], wo keine Post am Orte Mk. [illegible]

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Colonelzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Auswärtige Inserate 25 Pfg.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 268. Freitag, den 15. November 1907. 18. Jahrgang.

17 Massen-Versammlungen

zur Demonstration für

ein freies Preußenwahlrecht

finden am Dienstag, den 26. November, Abends 8 Uhr, in der **Stadt Breslau** und der **näheren Umgebung** statt.

Als vorläufig in Aussicht genommene Versammlungslokale machen wir folgende bekannt:

Etablissement Scala, Nikolaistraße;
Zum Kronprinzen, Kurze Gasse;
Bergkeller, Kletschkaustraße;
Fürstenkrone, Fürstenstraße 32;
Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße;
Pantkes Restaurant (Deutscher), Hubenstraße 50;
Wilhelmsburg, Neudorfstraße;
Mildes Restaurant, Gräbschenerstraße;
Wilhelmshöhe, Hubenstraße;

ferner in den Ortschaften:

Gräbschen;
Pöpelwitz;
Cosel;
Oswitz, bei Knabe;
Leipe, bei Peuker;
Klein-Tschansch;
Klettendorf;
Mariahöfchen.

Wir richten schon heute an die Parteigenossen den Ruf, für einen Massenbesuch dieser Versammlungen zu sorgen. **Kein Preuße bleibe daheim!** Die Demonstration, am Tage der Eröffnung des Dreiklassenparlaments, soll einen Umfang annehmen, wie sie in Preußen seit Jahrzehnten nicht gesehen wurde!

Die Sozialdemokratischen Vereine
für Breslau-Stadt und Breslau-Land.

Die freie Gemeinde.

Mit der Entwickelung der modernen Kommunalpolitik, mit der Steigerung des Interesses an der Kommune, ist auch das Verlangen nach einer größeren Unabhängigkeit von der staatlichen Bureaukratie wieder lebendiger geworden. Es sind vielfach gerade die bürgerlichen Kreise, die Besitzenden, welche den Ruf nach einer größeren oder völligen Autonomie der Gemeinden am lautesten ertönen lassen. Die Verhandlungen über Gemeindeverfassung auf der letzten General-Versammlung des Vereins für Sozialpolitik zielten in der Hauptsache auf die Selbständigkeit hin. Hierüber bestanden auch keinerlei Meinungsverschiedenheiten, und in der einmütig zu Tage getretenen Stimmung spiegelte sich die allgemeine Stimmung aller im kommunalen Leben mittätigen Personen. Dennoch wäre es verfehlt, aus diesem Drange nach größerer Freiheit der Kommunen ohne weiteres auf eine Zunahme politischen Verständnisses und ein Wachsen des Freiheits- und Selbständigkeitsgefühls der bürgerlichen Kreise zu schließen. Sind es doch gerade auch die Hausagrarier, die rücksichtslosesten Grundstücksspekulanten, welche sehr unwillig sind über die staatliche Bevormundung und nicht die Ideologie der liberalen Professoren treibt die bürgerlichen Kreise im allgemeinen zum Verlangen nach größerer Unabhängigkeit — sondern ihr materielles Interesse!

Das Bestätigungsrecht des Staates stört die bürgerlichen Kreise, wenn nicht gerade Stücklein, wie jenes mit unserer Kaiserbrücke vorkommen, sehr wenig. Werden von dieser Bevormundung im allgemeinen doch nur noch die Sozialdemokraten betroffen. Andere Eingriffe des Staates sind es, welche das freie Wirken der Besitzenden beengen und die Entwickelung der Gemeinde unterbinden.

Das Interesse der Besitzenden an der Gemeinde ist das Interesse ihres Besitzes, ihres Geschäftes. Der Gemeinderat ist in der Regel unter den heutigen Verhältnissen nichts anderes, als eine Zentralverwaltung der Grundstücke! Mitunter auch der für die Stadt liefernden Unternehmer! Der Eingriff der Regierung in das „Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden" ist daher heute in der Regel eine Maßnahme, welche die Besitzenden trifft und diesen unangenehm ist. Und was ist den Grundstücks-Spekulanten und Hausagrariern nicht alles unangenehm! Jede Bauordnung, jede Bauvorschrift halten sie für eine unberechtigte Beschränkung ihres Selbstbestimmungsrechts, und sie würden selbst in den kleinsten Ort sechsstöckige Häuser bauen, die Luft verpesten und die Sonne verfinstern, wenn sie damit Reichtümer erwerben oder auch nur kleine Vorteile erzielen könnten. So sehr nun auch die Regierungen bemüht sind, die Interessen der Besitzenden zu wahren — so weit können sie nicht gehen, schon ihr Selbsterhaltungstrieb zwingt sie, diesem krassen Egoismus entgegenzutreten und mindestens den hygienischen Anforderungen Genüge zu verschaffen. Ein kleines Beispiel dafür wird die Beratung der städtischen Lieferungs-Bedingungen in Breslau geben, auf die wir an dieser Stelle noch zurückkommen.

Man muß daher zu dem Schluß kommen: so lange das Klassenwahlrecht besteht, das den Haus- und Grundbesitzern ohne weiteres das Heft in die Hand gibt, ist das Bevormundungsrecht der Regierung eher ein Vorteil als ein Nachteil, und eine vollständige Autonomie der Gemeinden würde nur zum Nachteile der nichtbesitzenden Bewohner sein und zu den unhaltbarsten Zuständen führen.

Die Selbständigkeit der Gemeinden ist selbstverständlich zu erstreben, als notwendige Voraussetzung einer gedeihlichen Entwickelung. Der Staat darf nur das Recht haben, darüber zu wachen, daß von den Kommunen die Gesetze beobachtet werden. Aber die Voraussetzung, die erste Vorbedingung dieser Autonomie ist die Beseitigung des Vorrechtes der Besitzenden, ist die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zu den Kommunalwahlen, das den Mitgliedern der Gemeinde auch die Möglichkeit in die Hand gibt, die Gemeinde in ihrem, im Interesse der Gesamtheit, zu verwalten.

Von den Hausagrariern abgesehen, ist man sich heute auch in bürgerlichen, selbst konservativen Kreisen darüber klar, daß das Privilegium der Hausbesitzer unhaltbar ist und sich selbst mit den Interessen der übrigen bürgerlichen Kreise nicht mehr verträgt. Aber vor dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht haben alle Besitzenden eine Heidenangst, weil sie fürchten, daß dann die Kommunen der Sozialdemokratie ausgeliefert würden, die Arbeiter überall die Mehrheit im Gemeinde-Parlament bekämen. Diese Furcht sagt uns aber nichts anderes, als daß die Besitzenden der Meinung sind, die Herrschaft gebühre eben überall und unter allen Umständen dem Besitze. Und selbst Professor Loening, der im Verein für Sozialpolitik eine ziemlich scharfe Rede gegen das Klassenwahlrecht und das Privileg der Hausbesitzer hielt, will nur ein Kommunalwahlrecht haben, das den Besitzenden „den ihnen gebührenden Einfluß" sichert, was Dr. Sinzheimer ganz richtig so auslegte, Loening wolle die Herrschaft der Besitzenden erhalten. Dann bleibt aber alles beim alten! Denn es bleibt sich gleich, ob jemand nomineller Besitzer eines Hauses ist oder Besitzer der Hypothek, ob jemand Bauspekulant ist oder Aktienbesitzer einer Terrain-Gesellschaft — das materielle Interesse ist stets dasselbe. Wenn Herr Professor Loening in Magdeburg betonte, ein sozialer Geist müsse in der Gemeinde herrschen, die Besitzenden müßten ihre Sonderinteressen den Interessen der Allgemeinheit unterordnen, so ist das eine sehr schöne Vorstellung — die Wirklichkeit aber ist anders! Hier sind die materiellen Interessen ausschlaggebend, und ein sozialer Geist wird in einer Gemeinde nur herrschen, wenn diejenigen herrschen, die an dem sozialen Geiste ein Interesse haben: das sind die Besitzlosen. Die Ausbeutung der Gemeinden durch die Kapitalisten kann man nur beseitigen, indem man das Privilegium der Besitzenden beseitigt und den gesamten Gemeindemitgliedern die Möglichkeit gibt, diejenigen Personen mit der Verwaltung der Gemeinde zu betrauen, die ein kapitalistisches Interesse an der Gemeinde gar nicht haben können — und das sind im allgemeinen die Besitzlosen, die Arbeiter. Die Arbeiter können keine Bauspekulation treiben, keine Geschäfte mit der Gemeinde machen, ihr kommunales Interesse kann nur das Interesse der Gesamtheit sein. Wenn in den von Sozialisten geleiteten Kommunen keine kapitalistische Korruption aufkommen kann, so nicht deshalb, weil die Sozialisten bessere Menschen sind, sondern aus dem Grunde, weil sie gar nicht in diese Versuchung kommen können! Das allgemeine und gleiche Wahlrecht mit proportionaler Vertretung ermöglicht allen Parteien und Interessengruppen eine Vertretung und deshalb einen Einfluß im Stadt-Parlament, aber es beseitigt das Cliquenwesen und die Herrschaft derer, die nur ein selbstisches Interesse an der Gemeinde haben. Das beste und wirkungsvollste Korrelat gegen das allgemeine und gleiche Wahlrecht selbst! Eine Mehrheit, die gegen das Interesse der Gemeindemitglieder verstößt, wird unter dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht nicht lange am Ruder sein, die nächste Neuwahl wird sie hinwegfegen. Ohne das allgemeine und gleiche Wahlrecht gibt es aber auch keine freie Gemeinde, keine Sicherheit gegen Korruption, wird kein sozialer Geist in der Gemeinde herrschen, sondern der Geist des Geldsacks, des Besitzes. Deshalb muß alles Streben nach einer freien, unabhängigen Gemeindeverwaltung sich zunächst auf das Streben nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht konzentrieren. Selbständigkeit der Gemeinden, ja! Selbstverständlich! Aber zuvor die Beseitigung des Privilegs der Besitzenden, die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts bei allen Kommunalwahlen!

Ein Frauenschicksal.

Sozialer Zeitroman von Eliza Orzeszko.
Einzig autorisierte Uebersetzung von Leonhard Brixen.

49] (Nachdruck verboten.)

Die Brieftasche geht weiter auf und es entfallen derselben mehrere verschieden wertige Papierscheine.

Auf diese Scheine blickt mit glühenden Augen das unglückliche Weib. Mit der Versuchung der Schlange fesseln sie ihre Blicke und lassen sie nicht mehr los. Waren es Gedanken, die in ihrem Haupte schwirrten, war es das Chaos, welche Kraft war es, die ihr ganzes Sein bewegte? Einen Augenblick und sie streckt die Hand aus, sie zieht sie zurück, sie bebt am ganzen Körper, wird sie der Versuchung widerstehen? Vergebens alle Hoffnung! Ihre Kraft ist erschöpft, ihr Verständnis für die Nichtswürdigkeit dieser Versuchung geschwunden, ihr Ehrgefühl dahin, ihr Bewußtsein getrübt. Wo sollte ihrem entkräfteten Körper, ihrem umnachteten Geist die Kraft, der Versuchung zu widerstehen, herkommen?

Sie machte eine hastige Bewegung, einer der Scheine verschwand in ihrer Hand und gleich darauf fiel die Glastüre heftig ins Schloß.

Auf diesen schrillen Laut hin wendeten sich die Männer um. —

„Was war das?" rief der Herr.

Der Kaufmann ging einige Schritte vorwärts.

„Das wird wohl die Frau von vorhin sein, die hinausging, sie hat gewiß etwas gestohlen."

„Wirklich", sagte lächelnd der junge Herr, der inzwischen auch näher getreten war, „hier aus meiner Brieftasche fehlt ein Dreirubelschein, ich hatte nur den einzigen und dieser fehlt. „Diese nichtswürdige Bettlerin!" rief entrüstet der Kaufmann, „hier in meinem Geschäfte, vor meinen sehenden Augen wagt sie zu stehlen, unverschämt!"

Er springt zur Türe hinaus und ruft laut auf die Straße: „Schutzmann!"

„Sie wünschen?" antwortet eine Stimme von der Straße her. —

Das gelbe Blechtäfelchen erglänzt auf der Brust des Mannes, während er an die Türe tritt.

„Dorthin", spricht er, mit dem Finger nach der Straße zeigend, „nach hier ist soeben eine Frau entflohen, die in diesem Augenblicke in meinem Geschäfte drei Rubel gestohlen hat."

„Nach welcher Richtung?"

„Dort hinüber", sagt ein Vorübergehender, der die Worte des Kaufmanns hört, und zeigt nach der Richtung der Neuen Welt. „Ich bin ihr begegnet, sie ist ganz schwarz gekleidet und läuft wie verrückt."

„Man muß sie festnehmen", ruft der Kaufmann.

„Gewiß, he Ihr Leute, laufet, fangt, dort nach der Neuen Welt zu ist eine Diebin entflohen", ruft er laut auf die Straße hinaus.

Die Türe des Ladens schließt sich, und drinnen bedauert der junge Herr mit einigen höflichen Worten dem Kaufmann gegenüber die Mühe, die er sich um solcher Kleinigkeit willen macht.

Kurz darauf entwickelt sich auf der Straße eine geräuschvolle Szene.

Mit Blitzesschnelle stürmt durch die Reihen der Fußgänger das schwarzgekleidete junge Weib, ihre Sinne sind umnachtet, sie weiß nicht, wohin sie flieht. Vielleicht bedauert sie schon die vollbrachte Tat, alle Furien der Angst und des bösen Gewissens jagen sie vor sich hin. Mit dem Instinkte der Selbsterhaltung flieht sie die Menschen und wo sie hinblickt, sieht sie sich von ihnen umgeben. Die Vorübergehenden sehen sie erstaunt, oft erschreckt an, viele weichen ihr aus. Da erschallt und pflanzt sich weiter und weiter der Ruf fort: „Haltet, faßt, eine Diebin!"

Nicht eine Stimme allein ist es, die diese Worte spricht. Wie ein Lauffeuer gehen sie von Mund zu Mund und erreichen das Ohr der Unglücklichen mit dumpfem Brausen. Sie, der die Kräfte bereits zu versagen anfangen und die sich eine Sekunde Ruhe gönnen will, vernimmt, bis zum Tode erschreckt, den Ruf, sie hört die Stimmen, die Fußtritte ihrer Verfolger, ein mächtiges Beben erschüttert ihren Körper und wieder beflügelt die Angst ihren Lauf.

Plötzlich fühlt sie, daß sie nicht vorwärts kann, nicht weil es ihr an Kraft gebricht, sondern weil ihr die Entgegenkommenden den Weg vertreten, nach ihren Gewändern greifen. Die wahnsinnige Angst läßt sie bald hierhin, bald dorthin den einzelnen Verfolgern entweichen, da sieht sie eine geschlossene Reihe sich nahen. Mit der Todesangst der Verzweiflung wirft sie sich auf den Fahrweg, zwischen Pferdehufen und Rädern ihren Weg suchend. Aber ihr nach die geschlossene Reihe, der Mann mit dem blitzenden Täfelchen an der Brust an der Spitze. Hinter den Männern die johlende lärmende Menge, der jeder Zwischenfall ein willkommenes Schauspiel ist.

Das Gewühl der Wagen wurde mit einem Mal etwas geringer, das Weib bleibt einen Augenblick stehen, sieht sich um und schöpft Atem.

Kaum hundert Schritt trennen sie von ihren Verfolgern.

Abermals nimmt sie ihren Lauf auf, da sieht sie sich entgegen eine nicht minder gewaltige dunkle Masse eilenden Laufes heranrollen. Es ist ein riesiger Eisenbahnomnibus, von vier starken Pferden gezogen. Von hoch oben herab eine rot glühende Leuchte und der unausgesetzte Ton eines klangvollen Glöckchens verkünden von fern her sein Kommen. Der helle Ton mahnt zur Vorsicht. Die Verfolger hinter sich, das Riesenfuhrwerk vor sich, weicht sie von der Bahn, die sie im wahnsinnigen Laufe schnurgerade verfolgt, nicht ab, dann fällt sie der einen oder anderen Gewalt zum Opfer. Wieder bleibt sie einen Augenblick stehen, versagt ihr die Kraft oder will sie ihrer Lage ein Ende machen? Die Gestalt ist den Pferden zugewendet, das schreckensbleiche Antlitz den Verfolgern. Ist es ein bewußter Gedanke, der aus ihren Augen leuchtet? Trifft sie eine Wahl? Hier Schande, Gefängnis, endlose Qual, dort der schreckliche, doch der sichere Tod.

In diesem Augenblick erreicht auch der Mann mit dem blinkenden Täfelchen das gehetzte Wild und faßt sein Opfer an den Kleidern. Da stößt sie einen unartikulierten Schrei aus, schleudert das Tuch von sich, an dem sie festgehalten wird, und mit Blitzesschnelle wirft sie sich selbst vor die Pferde hin.

„Haltet, haltet!" ruft entsetzt die Menge, doch zu spät! Ehe der Kutscher sich erhoben und die Pferde zum Stehen gebracht, sind diese, gleich den vorderen Rädern des Wagens, über die Unglückliche hinweggegangen, mit ihr ist es vorbei!

Totenstille begleitet das grauenhafte Schauspiel. Nachtschwarz hebt sich die regungslose dunkle Gestalt vom Schnee bedeckten Boden ab. Das Antlitz Marthas war unverkehrt geblieben und sah mit gebrochenen Augen zum sternenhellen Himmel empor, in den die Seele ihres armen Kindes ihr inzwischen vorangeschwebt war.

Ende.

Politische Uebersicht.

Die Wahlrechtsfrage — eine Bildungsfrage. Die Korrespondenz des Lehrervereins macht folgende beachtenswerte Ausführungen über die Wahlrechtsfrage:

„Gegen die Forderung, das Wahlrecht für die Einzel-Landtage nach dem Vorbild des Reichstags-Wahlrechts zu gestalten, und gegen dieses selbst wird nicht selten der Einwand erhoben, daß die große Masse oder doch ein erheblicher Teil der Masse nicht den rechten Gebrauch von diesem Rechte wie vom Stimmrecht überhaupt zu machen verstehe. Wie sollte sich wohl — heißt es — ein einfacher Tagelöhner im abseits gelegenen Heidedorfe dieses höchsten Rechtes des Staatsbürgers in derselben Weise bedienen können, wie man es etwa von einem Professor der Staatswissenschaften erwarten darf! Nun ist ja ohne weiteres zuzugeben, daß für eine verständige Ausübung des Stimmrechts, namentlich des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Stimmrechts vor allem Bildung, möglichst viel Bildung vorausgesetzt werden muß. Unser öffentliches Leben, an dessen Gestaltung jeder Staatsbürger durch Abgabe seiner Stimme mitzuarbeiten berufen ist, wird immer komplizierter, und darum immer weniger überschaubar. Und die laut gewordenen Zweifel, ob denn heute wirklich jeder im Besitze dieser Voraussetzung sei, mögen in einzelnen Fällen der tatsächlichen Berechtigung nicht ganz entbehren. Diese Zweifel aber können doch nun und nimmer einen auch nur im entferntesten stichhaltigen Grund dafür abgeben, bereits gewährte Rechte zu beschneiden, auf die Erweiterung eng begrenzter Rechte zu verzichten. Das hieße doch das Pferd am falschen Ende aufzäumen. Wenn diese Zweifel eine Forderung begründen können, so kann es doch nur die sein: daß man alles daran setzen, nichts unversucht lassen und keine noch so hohen Kosten scheuen solle, allen Gliedern des Volkes die Bildung zu geben, die sie brauchen, um das ihnen zustehende Stimmrecht mit Einsicht auszuüben. So ist im Grunde jener für manchen vielleicht zunächst bestechende Einwand nichts anderes als eine Anklage, gerichtet gegen das Volksbildungswesen der Gegenwart und gegen die Stelle, die für den Stand dieses Teils der geistigen Kultur verantwortlich ist; und in jenem Einwand liegt die zweifellos nur mit Freuden zu begrüßende Forderung nach Erweiterung und Vertiefung unserer Volksbildung, also vor allem der dringende Wunsch nach einer durchgreifenden Reform unserer Volksschule. Vielleicht gibt dieser enge Zusammenhang zwischen Wahlrecht und Volksbildung einen kräftigen Anstoß nach dieser Richtung hin; als Nebenwirkung der Wahlrechts-Bewegung wäre das wirklich nicht übel."

Alles gut und richtig! Aber wissen die Lehrer auch, von wem die Wahlrechtsbewegung in Preußen ausgeht und auf wen die Bildungsbewegung sich stützen kann?

Wilhelm II. über die Kamarilla. Ein englischer Journalist behauptet, auf Grund maßgebendster Informationen folgende persönlichen Aeußerungen des Kaisers über die Kamarilla wiedergeben zu können:

Soweit es mich betrifft, hat in meiner Umgebung keine Kamarilla bestanden, die irgend einen Einfluß über mich hätte oder haben könnte, **der Privatzwecken gedient** hätte. Ich kann nicht begreifen, wie die Leute auf diese Gedanken gekommen sind. **Ich bilde mein Urteil ganz unabhängig.** Meine Unabhängigkeit ist unantastbar und ich werde mein freies Urteil und mein freies Handeln niemals preisgeben. Ich weise mit Entrüstung den Gedanken zurück, daß ich mich in den Fragen der Politik, die die Regierung und das Interesse des Deutschen Reiches oder meines Königreiches betreffen, durch Personen beeinflussen lasse, die ich als meine persönlichen Freunde behandle und in deren Gesellschaft ich aus Gründen verkehrte, die mit der Politik nichts zu schaffen hatten. Das Wort Kamarilla ist häßlich und widert mich an. Ich werde weder durch eine Gruppe von Personen noch durch Individuen beeinflußt, und so lange ich auf dem Throne bin, **habe ich nie das Vorhandensein einer solchen Gruppe gemerkt,** noch ist mir irgend jemand bekannt, dem ich die Abhängigkeit meiner Handlungsweise oder meines Urteils unter irgend welchen Umständen offenbart hätte. Ich will keine bloße Marionette sein. Das Volk muß wissen, daß, wenn ich ein Gesetz oder einen Erlaß unterzeichne, dieses ausdrücklich meine eigene Meinung ist.

Ob diese Aeußerungen richtig sind oder ob sie nicht morgen schon von den Organen der Regierung als „auf Erfindung beruhend" dementiert werden, können wir natürlich nicht wissen. Aber wenn sie wirklich gefallen wären, gäbe sich Wilhelm II. darin einem verhängnisvollen Irrtum hin. Kein Mensch kann sich sein Urteil ganz unabhängig bilden, jeder Einzelne ist dem Einfluß der Dinge und Personen um sich ausgesetzt und unterliegt ihm in schwächerem oder stärkerem Grade. Das Bestehen einer Hofgruppe, die seine Pläne immer wieder durchkreuzt, hat Bismarck, der eiserne Kanzler, in seinen Gedanken und Erinnerungen mehrmals unwillig konstatiert, das allerdings liegt in der Zeit Wilhelm I. Aber Hohenlohes Memoiren und Caprivis Sturz weisen aus, daß es später nicht viel anders geworden ist. Und warum ging Bülows Frau wohl zu Eulenburg, um ihn zu bitten, daß ihr Mann in Rom bleiben könne? Wie erklärt sich wohl Eulenburgs Ausspruch: „Ich will Könige machen, aber nicht König sein!" Es scheint, daß der Kaiser, wenn er obigen Ausspruch wirklich getan haben sollte, keinesfalls vollständig klar in die Treibereien der Leute gesehen hat, die ihn umgeben.

Graf Lynar mit der Pension. Ueberpatriotische Blätter wie die „Post", die jede Verfehlung eines streikenden Arbeiters mit Zuchthausstrafe belegt sehen möchten, sind bemüht, den Mantel christlicher Liebe über die Verfehlungen des Hofadels-Gesellschaft zu decken und zerbrechen sich darüber hinaus den Kopf nach Gründen, unter welchen den armen Grafen die Pension erhalten werden kann. Die „Post" hatte dabei herausgefunden, daß einem pensionierten Offizier die Pension überhaupt nicht wieder entzogen werden kann, es sei denn, der Empfänger sei zu Zuchthausstrafe verurteilt. Und zu dieser Konstruktion fügt die „Post" die vielsagende Verteidigung:

„Wäre es nicht auch eine grausame Härte, wenn einem Offizier, der 20, 25, 30 Jahre vorwurfsfrei gedient hat, die Pension entzogen wird, wenn er mit irgend etwas Pech gehabt hat.

„Mit irgend etwas Pech gehabt hat", so sieht die „Post" den Mißbrauch untergebener Soldaten zu perversen Zwecken, so sieht sie den Verstoß gegen einen Straf-Paragraphen an, der dem Offizier mehrjährige Gefängnisstrafe androht. Eine „grausame Härte" ist für ihn der Verlust der Pension, aber die Hinaussetzung des Arbeiters, der ein Vierteljahrhundert in einem Betriebe tätig gewesen ist und dann schwach und leistungsunfähiger wurde, das ist eine Selbstverständlichkeit, über die sich kein bürgerliches Blatt besorgt. Eine schöne Einführung in die Gedankenwelt dieser Junkerkaste.

Uebrigens sind die rechtlichen Voraussetzungen der „Post" ebenfalls falsche, eine Zuschrift der „Berliner Volks-Zeitung" stellt die Sache wie folgt richtig:

„Die „militärischen Kreise", die da behaupten, einem Offizier könne nur nach rechtskräftiger Verurteilung zu Zuchthausstrafe wegen Landesverrats, Hochverrats 2c. die Pension entzogen werden, haben von dem Militär-Strafgesetzbuch keine Ahnung, denn dieses führt klar und deutlich aus, daß ein Offizier, der mit Dienstentlassung oder Entfernung aus dem Heere bestraft wird, aller aus dem Dienst erworbenen Rechte verlustig geht. Es wäre doch auch ein starkes Stück, wenn ein Offizier, der zum Beispiel seinen Vater ermordet hat, pensioniert würde. Der Einsender ist jedenfalls durch einen Passus des neuen Pensionsgesetzes, der wörtlich, wie in der Zeitungsnotiz angegeben, lautet, zu seiner Aufnahme verleitet worden. Dieser Paragraph des Pensions-Gesetzes bezieht sich aber natürlich nur auf die bereits gewährte Pension, die einem schon pensionierten Offizier wegen der angeführten Verbrechen entzogen werden kann, im Gegensatz zu jedem anderen Beamten, dem eine einmal gewährte Pension nicht aberkannt werden kann.

Hoffentlich redet der Reichstag noch ein kräftiges Wörtchen mit der Militärbehörde; denn mindestens ein halbes Dutzend mit der bekannten besonderen Ehre behafteter, auch höherer Offiziere hat zu der Pensionierung ihre Hände leihen müssen."

Für die Besprechung im Reichstag werden die Sozialdemokraten sorgen, denn der Freisinn — der darf es doch mit seinen Blockfreunden von der „Post" nicht verderben und wird hier wie in allen anderen Fragen, die das deutsche Volk berühren, vorsichtige Zurückhaltung üben.

Dernburg macht die Dattelkiste wieder auf. Dem Reichstage wird eine Denkschrift über die Reise des Staatssekretärs Dernburg nach Ostafrika zugehen. Der Staatssekretär ist schon, wie verlautet, mit dem Diktat dieses Berichtes beschäftigt, daher läßt sich annehmen, daß die Arbeit schon bei Beginn der Beratungen des Reichstages vorgelegt wird. In der Denkschrift werden die ostafrikanischen Beobachtungen und Pläne des Staatssekretärs in ausführlicher Weise dargelegt. — Außerdem finden gegenwärtig im Reichsamt des Innern Sitzungen des Bundesrats statt, an welchen Staatssekretär Dernburg, Unterstaatssekretär v. Lindequist sowie Oberstleutnant Quade teilnehmen. Dabei dürfte es sich in erster Linie um die durch Dernburgs Informationsreise veranlaßten Forderungen für Deutsch-Ostafrika, insbesondere für Eisenbahnbauten, handeln. In eingeweihten Kreisen spricht man von der Absicht Dernburgs, die Verlängerung der Eisenbahn Daressalaam—Morogoro bis Tabora, eventuell bis zum Tanganikasee schon in der bevorstehenden Tagung des Reichstags durchzubringen.

Es bleibt alles beim alten. In einem ausführlichen Bericht erzählt der Berichterstatter des „Berliner Lokalanzeigers" von widerlichen Szenen, die sich in Mrogoro nach dem Bankett, mit dem die Ankunft des ersten Zuges gefeiert wurde, abgespielt haben. Am anderen Morgen seien Eingeborene von allen Seiten zur Versammlungshalle geströmt:

Als ich eintrat, hörte ich noch gerade die Worte: „Betrunkene Europäer" — „Prügeln" — „Weiber — mit Gewalt" usw. Die Eingeborenen, Kingo an der Spitze, hatten Klagen gegen Europäer vorgebracht, wobei es sicher nicht ohne die gewohnten Uebertreibungen abgegangen sein wird. Welch trauriges Bild! Ist das Sitte und Anstand, die vielgerühmte „Zivilisation", die wir den „Wilden" ins Land bringen? Sollten wir uns nicht des Gesindels schämen, das durch ekelhafte Exzesse im Zustand der Trunkenheit, durch allen Mangel an Selbstzucht und Bildung unser Ansehen in den Augen der Eingeborenen herabsetzt? Gibt es kein Mittel, uns von solchem Pöbel frei zu machen? Kann man es der Regierung verargen, daß sie solchen Leuten gegenüber den Neger in Schutz nimmt und ihnen nicht auf Gnade und Ungnade ausliefert, wie sie es gern möchten? O, ihr Ansiedler! Reinigt euch von solchen Elementen, denn sie sind euer Verderben, sie sind schuld daran, daß die Regierung euch nicht immer zu Willen sein kann, wenn sie es auch gern möchte. Der Neger muß unter allen Umständen gerecht und menschlich behandelt werden, nicht aber unmenschlich, wie aus den Klagen — begründeten Klagen — Kingos und der anderen zu schließen ist.

Wenn selbst der Gewährsmann eines so kolonialfreundlichen Blattes wie es der Moniteur Scheris doch ist, einen derartigen Ton anschlägt, muß es schon sehr bunt zugegangen sein.

Ein neues Krematorium, dessen Bau 50,000 Mk. gekostet hat, ist in Coburg am Montag in Betrieb genommen worden. Auch darin folgt Preußen erst hinter den Kleinstaaten Deutschlands. In Preußen ist die Feuerbestattung noch staats- und kirchengefährlich.

Eine Antwort des Proletariats auf die liberale Politik, die am Sonntag im Frankfurter Hippodrom mit so viel Tamtam verkündet wurde, wurde den entschiedenen geeinigten Linksliberalen in zehn Volksversammlungen am Dienstag Abend in Frankfurt a. M. zu teil. Die Redner übten scharfe Kritik an der Politik der herrschenden Klasse. In der angenommenen Resolution heißt es: „Die Versammlung verurteilt auf das Entschiedenst die konservativ-liberale Block-Politik der letzten Jahre, die sich in jeder Beziehung als eben so reaktionär erwiesen hat, wie die vorherige konservativ-ultramontane Politik. Die Versammlung vermag daher dem Liberalismus keinerlei politisches Vertrauen entgegen zu bringen, und fordert alle freiheitlich gesinnten Volkskreise auf, sich zur Erringung wahrhaft liberaler und demokratischer Forderungen der Sozialdemokratischen Partei, als der einzigen konsequenten Vertreterin der Volksinteressen anzuschließen".

Der Kampf ums Kölner Rathaus. In Köln kämpfen die Liberalen und Ultramontanen gegenwärtig um den Besitz der Rathausmandate in der zweiten Wählerklasse. Der Ausfall der Wahl entscheidet, ob die Liberalen die Mehrheit im Gemeinderat behalten, oder ob sie wieder an die Ultramontanen übergehen soll, die sie vordem hatten. Der Wahlkampf dreht sich um den Nachweis, unter wessen Herrschaft, ob unter dem blauen oder dem schwarzen Regiment am meisten geküngelt, am meisten politischer Aemterschacher getrieben worden ist. Der Führer der Liberalen hatte behauptet, daß während der Zentrumsherrschaft bei allen Stellen, die von der Stadtverwaltung ausgeschrieben wurden, die Bewerbungen von Protestanten beiseite gelegt, dann alle freidenkenden Katholiken ausgeschlossen worden seien, so daß immer nur ein [illegible] Ultramontaner in Frage kam. In [illegible] Wählerversammlung am Sonntag hat nun der Führer [illegible] Kölner Rathausliberalen behauptet, daß unter der Zentrumsherrschaft der Oberbürgermeister bei dem Vortrag über die Personalien der Bewerber oft gesagt habe: „Auf die protestantischen Bewerber einzugehen hat keinen Zweck, da ja doch nur ein Katholik gewählt wird." Der „Stadtanzeiger" der „Kölnischen Ztg." wußte sogar zu berichten, daß die Kölner Ultramontanen bei der Aemtervergebung einem ähnlichen Brauche folgen, wie er in der höheren Bureaukratie gegenüber den Korpsstudenten geübt wird. In Köln wurden nämlich solche Bewerber bevorzugt, die sich als alte Herren der „Unitas", einer besseren katholischen Verbindung, der auch Herr Trimborn angehört, ausweisen konnten.

Natürlich wissen die Ultramontanen ähnliche Geschichten von den Liberalen zu erzählen, und so erweisen die beiden Parteien ihre Befähigung zur Mehrheit nicht daran, wer am meisten für das Gesamtwohl der Stadt geleistet, sondern wer dem anderen den meisten Klüngel nachreden kann! Ganz so, wie unser heutiger Leitartikel es schildert.

Dieselben Liberalen und dieselben Ultramontanen, die sich hier mit so großem Eifer den Platz an der Futterkrippe streitig machen, zetern über die Sozialdemokratie, die angeblich die Krankenkassen durch die Besetzung der Beamtenposten parteipolitisch ausnutzt!

Verfassungsreform in Mecklenburg. In dem Obotritenstädtchen Sternberg tritt gegenwärtig der sogenannte Landtag zusammen, um zum letzten Male in seiner jetzigen Gestalt die laufenden parlamentarischen Arbeiten zu erledigen. Zwar wird er dann nach kurzer Frist noch einmal sich versammeln, dann aber geschieht es nicht zu gewohnter Arbeit, sondern es handelt sich dann um die einzige Aufgabe, die seit längerer Zeit von der Regierung vorbereitete Reform der Verfassung durchzuarbeiten. Wie diese Reform ausfallen wird, darüber läßt sich heute noch nichts sagen, aber daß sie überhaupt in Gang kommt, ist doch schon mehr als in Preußen, wo die Regierung erst durch eine gewaltige Volksbewegung aus dem Schlafe gerüttelt werden muß.

Diäten für Schöffen und Geschworene. Der sächsische Justizminister Dr. v. Otto erklärte in der Kammer, daß die sächsische Staatsregierung im Bundesrate dahin wirken wolle, daß das Gerichtsverfassungsgesetz eine Abänderung dahin erfahre, daß den Geschworenen und Schöffen bei den Landgerichten Diäten bewilligt werden könnten. Ferner erklärte der Justizminister, daß der Entwurf einer Strafprozeßreform Ende des Jahres 1908 dem Reichstage werde unterbreitet werden können und den eben geäußerten Wünschen Rechnung tragen werde.

Neuer Spionageprozeß. Vor dem vereinigten zweiten und dritten Strafsenat des Reichsgerichts begann am Mittwoch ein Spionageprozeß gegen den Deutschen Anton Bogacki, der österreichischer Staatsangehöriger und 1879 in Chrzanow geboren ist als Sohn eines Schneiders in Warschau. Der Angeklagte war im Mai 1907 in Posen verhaftet worden. Die Anklage geht dahin, daß er sich Kenntnis von Fortifikationsanlagen im Warthegebiet und besonders über die Festung Posen verschafft habe, um der russischen Regierung oder deren Agenten davon Mitteilung zu machen. Der Angeklagte, der wenig Deutsch zu verstehen scheint, leugnet jede Schuld und behauptet, der inkriminierte polnische Brief rühre von seiner Geliebten in Warschau her. Es sind siebzehn Zeugen und mehrere Sachverständige, darunter vier militärische, geladen.

Zum Prozeß Harden-Moltke. Die Beschlußkammer des Landgerichts I Berlin hat am Mittwoch die Beschwerde Maximilian Hardens gegen den Beschluß des Amtsgerichts Berlin-Mitte, durch den die Privatklage des Grafen Moltke gegen Harden eingestellt worden war, als unbegründet zurückgewiesen. Gegen diese Zurückweisung ist ein weiteres Rechtsmittel nicht mehr gegeben, sodaß das Privatklageverfahren mitsamt dem den Angeklagten Harden freisprechenden Urteil des Schöffengerichts vom 29. Oktober endgültig erledigt ist. Es beginnt nunmehr das von der Staatsanwaltschaft eingeleitete völlig neue offizielle Verfahren, zu dessen Vorbereitungen bereits die ersten Ermittelungen eingeleitet worden sind. Die Nachricht, daß Justizrat Dr. Sello den Grafen Moltke vor der Strafkammer verteidigen wird, ist unrichtig.

Ausland.

Riesenhafte Gaunereien kamen in der Montagsitzung im Prozeß des Erzspitzbuben und Ex-Ministers Nasi in Rom ans Tageslicht. Der Clou der Sitzung war die Zeugenaussage des früheren Ministers des Aeußeren Marquis Cappelli, der als Vorsitzender des Fünferausschusses in Sachen Nasi fungierte. „Wir alle", sagte Cappelli, „waren von dem Wunsche beseelt, Nasi unschuldig zu finden. Ich selbst glaubte an seine Unschuld. Nasi betonte uns gegenüber immer und immer wieder, daß er von der Administration nichts verstanden und auf seinen Reisen ganz andere Dinge im Kopfe gehabt habe als nüchterne Geldangelegenheiten. In der Folge kamen dann die Zeugenaussagen hoher Funktionäre des Unterrichtsministeriums, die feststellten, daß im Ministerium auf Tod und Leben gestohlen wurde, und daß Nasi dort die Systeme der Mafia und der Kamorra eingeführt habe. (Tiefe Bewegung im Senat.) Nasis Reisesekretär gestand uns, daß die angeblichen Wohltätigkeitsausgaben des Ministers eitel Geflunker seien; denn der Minister empfing niemanden als die Behörden! Immer klarer und präziser zeichnete sich somit für den Fünferausschuß die Form der Unterschlagung ab. Nasi selbst setzte alle Mittel in Bewegung, um unsere Anklage zu unterdrücken.

Einmal kam es im Schoße des Fünferausschusses zu einer hochdramatischen Szene. Der Kassierer des Unterrichtsministeriums sagte Nasi seine Missetaten ins Gesicht, und Nasi nannte seinerseits den Kassierer einen Lügner und wollte sich auf ihn stürzen. Da fragte ich Nasi: „Bleibt unter solchen Umständen denn etwas anderes übrig, als die Akten dem Gericht zu übergeben? „Außer sich vor Schrecken erwiderte Nasi: „Nein, stellen Sie mich nicht vors Gericht; denn ich bin so nervös und wäre nicht imstande, mich zu verteidigen!"

Die Anklagen Cappellis werden immer vernichtender. Cappelli stellt fest, daß Nasi die früher den Studienräten der Provinz obliegende Verteilung der Unterstützungsgelder in seinen Händen konzentrierte, und wie wurde dies Geld verteilt! Von achthundert Personen, die in den letzten vier Monaten eine Subvention erhielten, hatten nur acht ein Anrecht darauf. Von 700,000 Lire, die in Rom angeblich für Unterstützungszwecke ausgegeben wurden, weiß man nur von 266,000 Lire, wohin sie gekommen sind, aber an bedürftige richtige Lehrer wurden nur dreißigtausend Lire bezahlt! Wohin die übrigen Summen flossen, weiß nur Gott im Himmel! (Großer anhaltender Tumult.) „Und wissen Sie", fährt Marquis Cappelli fort, „mit welchem Zynismus vorgegangen wurde? Unter den apokryphen „Lehrern", an welche Zahlungsanweisungen abgingen, figurierten frei erfundene groteske Namen, wie Volksschullehrer „Signor Bugiardo" (Herr Lügner), Volksschullehrer „Signor Falso" (Herr Falsch), Volksschullehrer „Signor Menzognero" (Herr Schwindler) und ähnliche! Andere lauteten auf die Namen der Kabinettsekretäre, sogar auf Bäckermeister, Hebammen und dergleichen, denen die Eigenschaft von Volksschullehrern beigelegt wurde! Auch Verwandte Nasis, darunter ein halbverkrachter Bankier, wurden wegen angeblicher „Verdienste um die Schule" mit Tausenden von Lireen bedacht."

Nach Cappelli wird Marquis Torrigiani, der Vizepräsident der Kammer, vernommen, der Cappellis zermalmende Aussagen vollauf unterstützt und ergänzt.

Da der Prozeß noch etliche Wochen dauert, hat man ja noch Aussicht, allerhand ähnlich niedliche Enthüllungen zu erleben.

* * *

Generalstreik gegen die Brotwucherer. In Nachod in Böhmen fanden große Arbeiterdemonstrationen gegen die Lebensmittelverteuerung statt. Die Arbeiter beschlossen, als Protest gegen den Lebensmittelwucher einen Generalstreik zu inszenieren.

Soeben geht uns der Bericht der „Wiener Arbeiter-Ztg." über diese Kundgebung zu. Darin heißt es unter anderem:

Die Hunderte von Arbeitern, die einen Platz mehr im Saale fanden, wurden gezwungen, sofort auseinanderzugehen. Die Gendarmen gingen mit größter Brutalität vor. Als die Menge die Versammlung verließ, wurde sie von dem Gendarmen mit aufgepflanztem Bajonett empfangen. Die Gendarmen schlugen mit den Gewehrkolben auf die Arbeiter los, die sich nicht rasch genug zerstreuen wollten, wobei zwei Arbeiter schwer verletzt wurden, einer durch einen Kolbenstoß am Fuße, der andere durch einen Bajonettstich am Rücken. Die Arbeiter wurden dann bis weit hinter die Stadt verfolgt. Eine Gruppe rettete sich vor den Kolbenstößen auf einen Hügel, von wo aus sie ein Steinbombardement auf die Gendarmen eröffneten.

Mehrere Arbeiter wurden verhaftet. Einer davon wurde heute dem Bezirksgericht vorgeführt, aber freigesprochen.

Auch in Jaromer, Böhmisch-Skalitz, Neustadt, Eipel und Hronow ist unter der Bevölkerung eine lebhafte Gärung wegen der Lebensmittelteuerung zu bemerken.

Die Arbeiter wollen heute in allen Fabriken zum Zeichen des Protestes einen Generalstreik veranstalten. Sie ließen sich jedoch durch die Abmahnungen unserer Vertrauensmänner davon abhalten.

Um 4 Uhr Nachmittags wurde aber überall die Arbeit beendet und die Arbeiter strömten zu einer Versammlung, die massenhaft besucht war und in der Genosse Teska referierte. Nach der Versammlung griff die Gendarmerie wieder ein und zerstreute die Menge mit gefälltem Bajonett.

Die Bezirkshauptmannschaft hat eine Kundmachung erlassen, daß alle Geschäftsläden um 7 Uhr Abends gesperrt werden müssen.

* * *

Opfer der Anarchistenhatz. Aus Kopenhagen meldet ein Telegramm: Als der Redakteur des anarchistischen Blattes „Skorpion", Sophus Petersen, der seit längerer Zeit von der Polizei gesucht wurde, weil er eine Gefängnisstrafe zu verbüßen hatte, Mittwoch Vormittag verhaftet werden sollte, schoß er dem Polizisten eine Revolverkugel in den Kopf und erschoß sich dann selbst. Der Polizist starb im Hospital an den Folgen der Verwundung.

* * *

Ein niedliches Präludium zu den belgischen Kammerdebatten, die heute ihren Anfang nehmen, wird der W. A. Z. aus Brüssel gemeldet: Man muß es dem belgischen König lassen: er gibt der Presse ununterbrochen Stoff und, wie man weiß, mitunter recht pikanten. Aber neben ihrer Pikanterie haben die Skandale, die so Woche um Woche durch die Blätter gehen, auch ihren politischen Belgeschmack. Nach der Juwelenaffäre nun gleich eine andere, die eine entsprechende Arabeske zu den Verhandlungen der Kongokommission bildet. Klerikale Blätter — darunter der Brüsseler „Patriote", der mit bissigen Ausfällen gegen den König nicht spart und zu den wenigen vom Kongopreßbureau nicht bestochenen Blättern gehört — melden, daß Leopold II. seiner jetzigen Maîtresse, der Baronin Vaughan, recte Karoline Lacroix, eine Schenkung von dreißig Millionen, bestehend in Kongo-Wertpapieren, gemacht hat. Die Blätter knüpfen Betrachtungen an die Eventualität, daß die Dame eines Tages die Papiere auf den Markt werfen könnte. Die Liebeslaunen des Königs sind so nicht nur darauf gerichtet, seine Töchter zu enterben, sondern auch noch ganz anderen Schaden heraufzubeschwören. Immerhin: zu den heute beginnenden Kammerberatungen über die Annexion des Kongo bildet diese Dreißigmillionenspende ein nettes Vorspiel. Spiel.

* * *

Wermut in den Wein der Freude. Während der Debatte im Londoner Grafschaftsrat betreffend die Begrüßungsadresse an den Kaiser legte der sozialistische Aldermann Sander unter erregtem Widerspruch der anderen Mitglieder des Rates Protest gegen die Adresse ein. Die Rede wurde von lauten Entrüstungsrufen begleitet und der Antrag von Sir John Benns, den Protest des Vorredners zu Protokoll zu nehmen, einstimmig angenommen.

* * *

In Wilhelm Voigts Spuren. Die Polizei in Konstantinopel verhaftete einen Mann, der Generalsuniform trug und als solcher den Eintritt in den Moscheenhof bis zur Treppe erlangte, welche der Sultan benützt. Er trug nichts Verdächtiges bei sich. Die Untersuchung ergab, daß man es mit einem Unteroffizier eines dortigen Regiments zu tun hat.

* * *

Frankreich und Marokko. Bei der Fortsetzung der Besprechung der Interpellation betreffend Marokko in der französischen Kammer wurde nach kurzer weiterer Debatte mit 462 gegen 54 Stimmen eine Tagesordnung angenommen, in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird, daß sie die Achtung der Rechte Frankreichs in Marokko sichern werde, ebenso wie die Ausführung der eingegangenen Verbindlichkeiten. Außerdem werden die Erklärungen der Regierung gebilligt. Jeder Zusatz wurde abgelehnt.

* * *

Die Thronrede und die echtrussischen Leute. Gegenwärtig halten die „Rechten" täglich Versammlungen ab, in denen die Taktik und Aufgaben der Duma erörtert werden. So wurde, wie „Russi" berichtet, in einer Versammlung beschlossen, darauf zu bestehen, daß die Duma eine Antwort auf die Thronrede ausarbeite. Sollte die Duma dies ablehnen, so würde der Verband der echtrussischen Leute, die Mitglieder der Adelsorganisation und die Monarchisten an den Zaren eine selbständige Adresse entsenden, in welcher neben den untertänigsten Gefühlen noch der Wunsch ausgedrückt sein wird, in der Duma eine ausschließlich beratende und nicht eine gesetzgebende Körperschaft zu sehen. „Erst dann", soll es in der Adresse heißen, „wird sich die von der Revolution hervorgerufene Verwirrung der Gemüter legen."

* * *

Blindwütiges Rasen der Schergen. Am Dienstag Nachmittag wurde auf dem Iwangorodder Bahnhof infolge eines verhängnisvollen Irrtums ein jüdischer Handelsmann von Kosaken erschossen. Der Bahnhof wird zurzeit einer Ausbesserung unterzogen. Ein Ziegel stürzte vom Gerüst herunter und fiel auf eine Alarmvorrichtung, die sofort zu arbeiten begann. Der Führer der Militärwache „glaubte" es mit Einbrechern zu tun zu haben und ließ blindlings Feuer geben, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel.

* * *

Die Duma immer noch nicht zarentreu genug? Ein Telegramm aus Petersburg meldet: Die Tatsache, daß die geplante feierliche Eröffnung der neuen Duma durch den Zaren in letzter Stunde abgesagt worden ist, ruft allgemein große Enttäuschung hervor. Viele Abgeordnete der Rechten entrüsten sich jetzt, wie zu erwarten war, als Rebellen. Die Regierungsmehrheit bleibt weit hinter der angekündigten Stärke zurück.

* * *

Kleine Auslandsnachrichten.

Der nordamerikanische Kriegsminister fordert 23 Millionen Dollars (etwa 100 Millionen Mk.) für neue Befestigungen, davon 7 Millionen für die Philippinen. — Die Kommission für die spanischen Marine-Reformen hat, wie der „Liberal" meldet, die Ausgaben für die Reorganisation der Marine und für ihre Ausrüstung auf 198,654,000 Pesetas festgesetzt. Gebaut sollen werden 8 Panzerschiffe von je 15,000 Tonnen und 8 Torpedoboote. — Der frühere republikanische Bürgermeister von San Francisco, Phelan, hielt vor dem kalifornischen Komiteé des Roten Kreuzes eine Ansprache, in welcher er das Komitee ersuchte, Vorbereitungen zu treffen, angesichts eines event. Krieges zwischen den Vereinigten Staaten und Japan. — In Breda (Holland) meuterten die Kadetten der dortigen Militärakademie, weil ihnen wegen Prügeleien auf der Kirmes der Abendurlaub entzogen worden war. Sie zerschlugen die Einrichtung der Kantine. Eine strenge Untersuchung ist eingeleitet. — Dienstag wurde in Sosnowice der offizielle Vertreter einer großen Spinnerei, Gustav von Model und ein junger Mann auf dem Grundstück der Fabrik erschossen. Der Täter entkam, obgleich Kosaken und Wachmannschaften anwesend waren. Die Ermordeten erhielten seit langer Zeit Drohbriefe von Revolutionären.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 14. November.

† **Plötzlicher Tod.** Am 12. d. M. Nachmittags wurde in einer Destillation auf der Nikolaistraße ein unbekannter Mann von einem Unwohlsein befallen; er wurde in das Allerheiligenhospital geschafft, woselbst aber nur der inzwischen eingetretene Tod konstatiert werden konnte. Der Entseelte war etwa 40 Jahre alt, hat rötlichblonden starken Schnurrbart und war mit dunkelbraun-karriertem Anzug bekleidet. Kurz vor seinem Tode nannte er sich Schwarzer, jedoch soll er Franz Maruschke heißen. Etwaige Angehörige werden aufgefordert, sich im Zimmer 54 des Polizei-Präsidiums zu melden.

† **Tödlicher Sturz aus dem Fenster.** Ein 22 Jahre alter Reisender aus Berlin, der hier bei Verwandten auf der Höfchenstr. Nr. 47 zu Besuch war, stürzte, wie schon berichtet, am 12. d. M., Abends daselbst über das Treppengeländer im 4. Stock und erlitt einen Schädelbruch sowie Armbrüche. Der Verunglückte wurde im Wenzel Handeschen Krankenhause untergebracht, woselbst er noch an demselben Tage seinen Leiden erlegen ist.

† **Vandalen.** Ein in einem Grundstücke auf der Kreuzburgerstraße stehender Möbeltransportwagen wurde in der Nacht zum 8. d. M. dadurch beschädigt, daß durch Werfen mit Ziegeln das aus zollstarken Brettern bestehende Verdeck eingeschlagen wurde. Nachforschungen nach dem Täter waren bisher erfolglos. Der Täter muß die Ziegeln mit voller Wucht von einem Dach aus geschleudert haben.

† **Diebstähle.** Einer Frau wurde in einem Wurstgeschäft ein Portemonnaie mit 90 Mark entwendet. — Von einem Rollwagen wurde eine Kiste enthaltend Damen- und Mädchen-Jaquets im Werte von 248 Mark gestohlen. Die Kiste ist gezeichnet M. M. 4287. — Aus einer Bodenkammer auf der Moltkestraße wurden ein Kopfkissen und ein Deckbett gestohlen.

† **Gefunden wurden:** Ein Portemonnaie mit Inhalt, mehrere Schlüssel und zwei goldene Uhren.

† **Abhanden kamen:** Eine goldene Brosche in Schlangenform, eine goldene Damenuhr mit emailliertem Rande und ein katholisches Gebetbuch.

Versammlungen und Vereine.

Achtung, Metallarbeiter! Sonntag Vormittags 10 Uhr findet im „Roten Löwen", Kupferschmiedestraße, eine Branchenversammlung der Elektromonteure statt. Alle Kollegen sind zu dieser Versammlung freundlichst eingeladen.

Achtung, Zahlstellenkassierer! Wegen des am Sonnabend stattfindenden Stiftungsfestes fällt der Zahltag aus. Der nächste Zahltag findet am 28. November statt. Zu zahlreichem Besuch des Stiftungsfestes wird eingeladen. Der Vorstand.

Achtung, Sattler! Sonnabend, den 16. November, wird Kollege Müntner-Berlin die Gauleiterfrage regeln und ein Referat halten. In Anbetracht der wichtigen Sache hoffen wir auf einen pünktlichen und zahlreichen Versammlungsbesuch.

Der Vorstand.

Eine öffentliche Schuhmacherversammlung, die sich eines guten Besuches erfreute, fand am 12. November im Schweitzerhof statt. Genosse Albert referierte über die Erziehung der Arbeiter zur kulturellen Betätigung. Daß die Anwesenden Interesse für die Ausführungen hatten, bewies die große Aufmerksamkeit der Zuhörer. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Kollege Grunow wies auf die vom Bildungs-Ausschuß arrangierten Bildungsabende, Vorstellungen 2c. hin, insbesondere auf den im Januar 1908 stattfindenden Vortragskursus des Genossen Maurenbrecher. Um die Selbsterziehung im Sinne des Referenten zu ermöglichen, sei der Besuch derartiger Veranstaltungen notwendig. — Der zweite Punkt der Tagesordnung, der Streik bei Mischok, gestaltete sich, da der Streik inzwischen beendet wurde, nur als eine Berichterstattung über denselben. Vieles ließe sich darüber sagen, doch um des lieben Friedens willen möge es unterbleiben. Vielleicht bietet die zu erwartende Anklage später Gelegenheit dazu. Nur auf das Verhalten der Behörde machte Kollege Grunow aufmerksam. Es sei ein schreiendes Unrecht, wenn sich die Polizei immer wieder in Sachen mische, die gesetzlich erlaubt seien. Dazu gehöre auch das Streikpostenstehen. Wenn Uebergriffe nicht vorkamen, dann lag es an der Ruhe der Streikenden. Redner fordert von der Polizei, daß sie sich mehr um die Ungesetzlichkeit der Sonntagsarbeit im Schuhmacherhandwerk kümmern möge, friedliche Streikposten solle man aber in Ruhe lassen. — Im Verschiedenen wurde auf notwendig werdende Konferenzen hingewiesen, desgleichen auf den Besuch des Gewerkschaftshauses, sowie auf das Lesen der „Volkswacht". Letzteres sei besonders nötig, da die Bekanntmachungen des Verbandes darin stets erfolgen. Mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Schuhmacher fand die Versammlung ihren Schluß.

Theater, Konzerte und Vergnügungen.

* **Stadt-Theater.** Donnerstag wird „Die Jungfrau von Orleans" gegeben. Freitag findet eine Aufführung von Richard Wagners romantischer Oper „Tannhäuser" statt. Sonnabend findet die Uraufführung der Oper „Die Liebenden von Kandahar" von Leopold Reichwein, Text von Otto Nowack, statt. Beide, der Komponist und der Autor, sind dem Breslauer Publikum von ihrer früheren Tätigkeit am Stadt-Theater her in guter Erinnerung. Das Erstlingswerk Leopold Reichweins, „Vasantasena", ist ebenfalls in Breslau und zwar mit größtem Erfolge zur Uraufführung gelangt. Das Werk steht unter Leitung der Herren Kapellmeister Prüwer und Oberregisseur Kirchner. Für Sonntag ist Richard Wagners romantische Oper „Lohengrin" angesetzt.

* **Lobe-Theater.** Heute Donnerstag geht Lehars Operette „Die lustige Witwe" in der bekannten Besetzung in Szene. Morgen Freitag werden Felix Saltens Einakter „Vom andern Ufer" (Der Graf, Der Ernst des Lebens, Auferstehung) wiederholt. Sonnabend findet die vierte Aufführung des Vaudevilles „Wie man Männer fesselt" statt.

* **Thalia-Theater.** Sonntag: „Husarenfieber".

* **Volksvorstellungen.** Die Ausgabe der Billets für die nächste Serie der Volksvorstellungen, Gruppen E und F, beginnt Montag, den 18. November, von 10 bis 2 Uhr an der Kasse des Lobe-Theaters und wird an den folgenden Tagen in der Kondujtur des Stadt-Theaters fortgesetzt. — Eine Reservierung von schriftlich vorbestellten Billets erfolgt, so weit tunlich, nach der Reihenfolge der eingegangenen Bestellungen. Die vorbestellten Billets, welche Montag bis 2 Uhr nicht abgeholt sind, werden anderweitig abgegeben.

* **Schauspielhaus.** Heute, Donnerstag findet bereits die 20. Vorstellung von Bertés Operette „Der schöne Husar" statt. Für die erste volkstümliche Vorstellung (Preise 1.50 Mk., 2. Rang 1 Mk.), am Freitag, zu welcher Johann Strauß' Operette „1001 Nacht" gewählt wurde, erfolgt bereits am Donnerstag von 10—2 Uhr der Billetverkauf ohne Vorbestellgebühr an der Theaterkasse. Die Direktion beabsichtigt, künftig jeden Freitag eine Vorstellung bei volkstümlichen Preisen zu veranstalten. Für die am Sonnabend stattfindende Aufführung von Schiller-Landes „Demetrius" ist Frau Maria Bospischill vom Hamburger Stadttheater verpflichtet worden. Frau Bospischill wird die Rolle der Marfa abwechselnd mit Frl. Buchholz darstellen. Wie schon bekannt, spielt Herr Alfred Bernau den Demetrius, Herr Senger den Sapieha, den Czaar Boris Herr Max Landa, Herr Werder den Schuiski. Billets zu dieser interessanten Vorstellung sind bereits heute im Verkehrsbureau Barasch und an der Tageskasse zu haben.

* **Liebichs Etablissement.** Heute Donnerstag, den 14. November, beginnt der Vorverkauf zu der am Sonnabend, den 16. November, stattfindenden rauchfreien Nachmittags-Vorstellung.

* **Dominikaner.** Das Programm des Büttner'schen Ensembles ist für diese Woche ganz besonders reichhaltig zusammengestellt und bietet eine Menge Abwechselung.

Neueste Nachrichten.

Sozialdemokratische Erfolge.

Bielefeld, 13. November. („Vorwärts".) Gestern und heute fanden hier die Stadtverordneten-Wahlen statt, bei denen unsere Genossen einen **glänzenden Sieg errangen.** Während wir bisher zwei Mandate der dritten Abteilung im Besitz hatten, sind jetzt **alle sechs Mandate** der dritten Abteilung durch Sozialdemokraten vertreten. Für unsere Genossen wurden **3880 Stimmen** abgegeben, die Liste der Liberalen erhielt **700** und die nationalliberal-konservativ-gelbe Liste **1150** Stimmen.

Essen a. d. Ruhr, 13. November. („Vorwärts".) Bei den heute beendeten Stadtverordneten-Wahlen der dritten Abteilung siegten die Sozialdemokraten mit rund **fünftausend Stimmen** über die bürgerlichen Kandidaten, die etwa die Hälfte der sozialdemokratischen Stimmen erhielten. Unsere Genossen gewannen **vier Sitze** und sind nunmehr im Besitze der **sämtlichen 15 Mandate der dritten Abteilung.**

Unser freies Versammlungsrecht.

Berlin, 14. November. (H. T.-B.) Die Polizei verbot gestern eine von der Freien Studentenschaft einberufene Versammlung, in der Privatdozent Dr. Ohr über „Alkohol und Studenten" sprechen wollte. Die Versammlung war nicht angemeldet worden.

Ueber „Alkohol und Studenten" sollte gesprochen werden, ein so revolutionäres Thema konnte der preußische Staat nicht vertragen, die Versammlung mußte aufgelöst werden.

Folge der Zensur.

Berlin, 14. November. (H. T.-B.) Im „Neuen Theater" kam gestern Abend Jon Lehmanns Satire „Das Ungeheuer" zur Uraufführung. Bekanntlich war das Stück, in dessen Mittelpunkt der Zar steht, seinerzeit verboten worden, weil es russische Zustände scharf geißelt. Die Zensur gab es erst frei, nachdem der Autor Aenderungen vorgenommen hatte. Die gestrige Aufführung verlief unter starkem Beifall des ausverkauften Hauses und brachte dem Verfasser zahlreiche Hervorrufe ein.

Die geistige Knechtschaft der Katholiken.

Berlin, 14. November. (H. T.-B.) Wie die „Nat.-Ztg." aus Bonn meldet, hat Professor Schroers seine Broschüre endgiltig zurückgezogen. Die erste Auflage war in kurzer Zeit vergriffen, eine zweite Auflage, mit einem Nachdruck versehen, wurde vom Verlage angekündigt, wird jedoch nicht erscheinen. Die „Nat.-Ztg." fügt hinzu, daß diese Zurückziehung die Bedingung war, worunter Kardinal Fischer den Boykott über die Vorlesungen Schroers aufhob.

Im Auftrage des „Erbfreundes".

Leipzig, 14. November. (H. T.-B.) Das Reichsgericht verurteilte den Dentisten Dablawski wegen Spionage im Auftrage der russischen Regierung zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

Ein russischer Attentatsprozeß in Wien.

Krakau, 14. November. Seit zwei Monaten befand sich beim hiesigen Landesgericht die Sozialdemokratin Frau Therese Dobrozicka in Untersuchungshaft, die der Teilnahme an dem Bombenattentat gegen den Warschauer Generalgouverneur Skalon beschuldigt wird. Sie war früher Studentin in Warschau, das sie nach dem Attentat verließ, worauf sie sich nach Oesterreich begab und sich in Krakau verheiratete. Die russische Regierung verlangte nun in Krakau ihre Auslieferung wegen jenes Attentats, die aber verweigert werden mußte, weil die Beschuldigte durch ihre Verehelichung österreichische Staatsbürgerin geworden war. Sie wurde aber dennoch verhaftet und dem Krakauer Landesgericht wegen Verbrechens des Mordversuchs (Generalgouverneur Skalon wurde bei jenem Attentat nicht getötet, sondern nur schwer verletzt) in Untersuchung gezogen. Der Oberste Gerichtshof hat mit der Durchführung des Prozesses das Wiener Landesgericht betraut. Doch ist die Untersuchung erst im Anfangsstadium, da die russische Regierung das Material noch nicht übersendet hat. Die Verteidigung der Beschuldigten hat der sozialdemokratische Reichsratsabgeordnete Dr. Liebermann übernommen.

4000 Angestellte entlassen.

New York, 14. November. (H. T.-B.) Infolge der anhaltenden Geldkrisis und des damit verbundenen Mangels an Arbeitsaufträgen mußte die Baufirma Haltan in Willington 4000 Angestellte entlassen. In Chicago werden von dortigen Geschäften aus demselben Grunde 20,000 Angestellte entlassen.

Neapel, 14. November. (H. T.-B.) Ein hiesiges Blatt bringt in einer Sonderausgabe die Nachricht, daß neue Enthüllungen in der Nasi-Angelegenheit bevorstehen. Sanarelli habe, nachdem er alles Geld für die Presse verwendet hatte, Nasi um 80,000 Lire für einen bekannten Journalisten gebeten. Nasi habe ihm auch die Summe gegeben. Nasi besitze 27 Briefe Sanarellis. (Siehe unter Ausland.)

London, 14. November. (H. T.-B.) Die von den Arbeitslosen geplante Straßenkundgebung gegen die Kaiser-Feierlichkeiten in London sind von der Polizei vereitelt worden. Vier Verhaftungen wurden vorgenommen.

Toulon, 14. November. (H. T.-B.) Unter Reserve wird in letzter Stunde mitgeteilt, daß in der Spionageangelegenheit weitere fünf Verhaftungen vorgenommen worden sind. Unter den zuletzt verhafteten Personen befinden sich ein Artillerist und zwei Marinesoldaten.

New York, 14. November. (H. T.-B.) Aus Columbus, im Staate Ohio, wird berichtet, daß die Nitroglycerinfabrik von Brebner durch eine Explosion zerstört wurde. Zwei Personen wurden getötet, vier schwer verletzt.

Breslauer Marktbericht.

Festsetzungen der städtischen Markt-Notierungs-Kommission

Breslau, 13. November 1907. Pro 100 Kilogramm

	gute höchste	gute niedr.	mittlere höchste	mittlere niedr.	gering. höchste	Sorte niedr.
Weizen, weißer	23.30	22.70	22.60	21.70	21.00	20.20
Weizen, gelber	23.20	22.60	22.50	21.60	21.50	20.10
Roggen	20.80	20.20	20.10	19.70	19.60	18.70
Braugerste	19.—	18.50	18.40	18.—	—.—	—.—
Gerste	16.—	15.80	15.70	15.40	15.30	14.80
Hafer	16.80	16.30	16.20	15.70	15.60	14.80
Viktoria-Erbsen	23.50	22.50	21.50	20.50	19.50	18.50
Erbsen	20.—	19.50	18.30	17.30	16.50	16.—
Winterraps	31.—	—.—	29.—	—.—	27.—	—.—

Heu pro 50 Kilogr. 3.50 bis 3.80 Mk.
Stroh pro Schock 35.— bis 37.— Mk.

Amtlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmarktes.
Vieh.

Hauptviehmarkt am 13. Novbr. Der Auftrieb betrug: 1049 Rinder, 2346 Schweine, 1082 Kälber, 128 Schafe. Hierzu vom letzten Markt Ueberstand: 7 Rinder, 114 Schweine, — Kälber, 114 Schafe. — Es wurden gezahlt für 50 Kilogramm exkl. Steuer:

	Lebend-gewicht:	Schlacht-gewicht:
Kälber: Beste Saugkälber	39—41	70—79
Mittlere Mastkälber und gute Saugkälber	36—38	57—66
Geringe Saugkälber u. ält. ger. genährte Kälber (Fresser)	bis 35	bis 56
Schweine: Vollfl. [illegible] Rassen u. deren Kreuz. b. zu 1¼ J.	43—45	56—60
Fleischige Schweine	41—42	48—55
Gering entwickelte Schweine sowie Sauen	bis 40	—
Ausländische Schweine (unter Angabe der Herkunft)	—	—

Vereins-Kalender.

Gewerkschaftshaus.

Freitag, den 15. November:

Abstinenten-Bund. Abends 8½ Uhr: Mitglieder-Versammlung im Zimmer 5.

Sonntag, den 17. November:

Buchbinder. Literarisch-musikalischer Unterhaltungsabend. Gesangs-, Violin- und Klavier-Vorträge, Rezitationen, Märchen. Eintritt frei. Anfang 6 Uhr Abends. Zimmer Nr. 2. — Vorher: Vorstandssitzung.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Distrikt 3 (Gräbschener Vorstadt).

Sonntag, den 17. November, Vormittags 8 Uhr, findet eine Mitglieder- und Volkswacht-Agitation vom Distriktslokale Gräbschenerstraße 73 aus statt.

Distrikt 15 (Ohlauer Tor).

Sonntag, den 17. November, früh 8 Uhr: Mitglieder-Agitation. Die Genossen werden ersucht, sich recht zahlreich im Billardzimmer des Gewerkschaftshauses einzufinden.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land).

Land-Distrikt 2.

Bezirk 1 (Gandau und Schmiedefeld). Sonntag, den 17. November Vormittags 10 Uhr: Zahltag und Zusammenkunft bei Philipp, Klein-Gandau. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Bezirk 2 (Kosel, Pilsnitz und Masselwitz). Sonntag, den 17. November, Vormittags 10½ Uhr: Zahltag und Zusammenkunft bei Nitschke in Kosel. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Opperau und Umgegend. Volks-Versammlung für Männer und Frauen. Sonntag, den 17. November, Nachmittags 3½ Uhr im Lokale von Niewitecki. Tagesordnung: 1. „Die Pflichten des Arbeiters als Staatsbürger". 2. „Welche Aufgaben haben die Arbeiter-Radfahrer für die Partei zu leisten"? 3. Freie Diskussion. Referent: Stadtverordneter Paul Löbe.

Arbeiter! Gewerkschaftler! Sorgt für Massenbesuch dieser Versammlung. Ladet Eure Freunde und Bekannten dazu ein. Bringt auch die Frauen mit. Alle, die ein Interesse daran haben, sich auszubilden, und mit dem Ziel und Wesen der Sozialdemokratie vertraut zu machen, ersucht um ihr bestimmtes und pünktliches Erscheinen.
Der Einberufer.

Ohlau. Wahlverein Ohlau-Strehlen-Nimptsch. Montag, den 18. November, Abends 8 Uhr im Gasthof „Zur Stadt Oels": Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Weihnachts-Einbescherung. 3. Verschiedenes.

Brieg. Fabrik-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen. Jeden Montag nach dem 1. und 15. jeden Monats: Versammlung im „Weinberg".

Liegnitz. Metallarbeiter-Verband. Sonnabend, den 16. November, Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus.

Jauer. Oeffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Sonnabend, den 16. November, Abends 8½ Uhr im „Grünen Adler".

Parchwitz. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonnabend, den 16. November, Abends 8½ Uhr im Gasthaus „Zur Stadt Liegnitz": Kassenabend.

Altwasser. Metallarbeiter-Verband. Sonnabend, den 16. November, Abends 8 Uhr, im „Eisernen Kreuz", Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Genossen Albert aus Breslau über: „Die Erziehung der Arbeiter zur kulturellen Betätigung".

Fellhammer. Frauen- und Mädchen-Bildungs-Verein. Sonntag, den 17. November: Gründungs-Fest, bestehend in Theater und Tanz. Kasseneröffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Rothenbach. Große öffentliche Bergarbeiter-Versammlung. Mittwoch, den 20. November (Bußtag), Nachmittags 3 Uhr in Brandiners Gasthof und Gerichtskretscham. Tagesordnung: „Die Arbeiterbewegung im Dienste der Kultur". Referent: Parteisekretär Herr Stolpe-Görlitz. — Diskussion frei für jedermann. Entree 10 Pf.

Striegau. Oeffentliche Volksversammlung. Freitag, den 22. November, Abends 8 Uhr: Redakteur Albert-Breslau, spricht über „Die Erziehung der Arbeiter zur kulturellen Betätigung".

Landeshut. Große öffentliche Volksversammlung. Mittwoch, den 20. November (Bußtag), Abends 8 Uhr im Gasthof „Zur Sonne". Tagesordnung: „Deutschlands Politik im In- und Ausland und ihre Bedeutung für das arbeitende Volk". Referent: Parteisekretär Hermann Stolpe-Görlitz. Diskussion frei für jedermann. Entree 10 Pf.

Neustadt OS. Oeffentl. Volksversammlung. Sonntag, den 17. November, Nachmittags 4½ Uhr, im Gewerkschaftshause: Vortrag des Redakteurs Genossen Radlof-Breslau, über: „Die politische Lage und die Sozialdemokratie". Arbeiter, Parteigenossen! erscheint in Massen.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolff. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von Oskar Schütz. — Druck von Th. Schatzky G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. Hierzu 1 Beilage.

Anzahlung: Nebensache!

Ueberzieher auf Kredit, Anzüge — Möbel

Einrichtungen 98 Mk. m. 5 Mk. Anzahlung, Einrichtungen 200 Mk. m. 10 Mk. Anzahlung

bis zu den feinsten Einrichtungen — Betten — u. s. w. bei

Max Biermann, Breslau, Ring 51, I. Etage neben der Stockgasse.

Filiale in Waldenburg i/Schl. — Möbel auch nach auswärts. [5567

Bequemste Abzahlung!

Stadt-Theater.
Donnerstag: „Die Jungfrau von Orleans".
Freitag: „Tannhäuser".
Sonnabend zum 1. Male: „Die Liebenden von Kandahar".

Lobe-Theater.
Donnerstag: „Die lustige Witwe".
Freitag: „Vom andern Ufer".
Sonnabend: „Wie man Männer fesselt".

Volksvorstellungen im Thalia-Theater.
Sonnabend: Gruppe D, 4. Vorstellung: „Der heimliche König".

Thalia-Theater.
Sonntag, Abend 7½ Uhr: „Husarenfieber".
Billetverkauf Freitag und Sonnabend von 10—2 Uhr im Thalia-Theater.

Schauspielhaus
Donnerstag, 8 Uhr: „Der schöne Gardist".
Freitag, 8 Uhr bei ermäßigten Preisen! (Parkett Mk. 1,50, II. Rang Mk. 1,—): „1001 Nacht".

Liebichs Etablissement.
Ab 1. November Neues sensationelles Programm.
Anfang 7½ Uhr.

Victoria-Theater (Simmenauer Garten).
Indische Hindu- u. Tempeltänzerin. Willy Prager. und die neuen Attraktionen.
Anfang 7½ Uhr. Bons an Wochentagen gültig.

Pfänder-Auktion.
Donnerstag, den 21. Novbr., Pfandleih-Institut 5141
[illegible] 115, 1. Etage.

Augenzeugen, welche dem **Automobil-Unfall** am Kaiser-Wilhelmplatz den 12. November, mittags 12½ Uhr, beigewohnt haben, werden ersucht, ihre Adressen anzugeben an M. Völkel, Berlinerstr. 35, I. 5588

Probieret FULDE PILSNER 5309
BRAUEREI M. FULDE SACRAU—BRESLAU.
Niederl.: Michaelisstr. 26. Tel. 807.
Verkauf in Gebinden u. Flaschen frei Haus. Bahnversand.

Arbeiter-Garderobe, Walkjacken und Strickwesten billigst 4708
nur Kupferschmiedestraße 17
Wilhelm Knauerhase.
Leser der „Volkswacht" erhalten 5% Rabatt.

Handels-Lehranstalt Karl Kluge Breslau
Neue Taschenstrasse 25a (am Hauptbahnhof). 5542
Gewissenhafte Ausbildung in Buchführung, Korrespondenz, Deutsch, Rechnen etc.
Äusserst mässiges Honorar.
Prospekt frei!

Wilhelmsburg. Heute Donnerstag: Tanzkränzchen Polonaise u. Gratispräsentverteilung 4599

Achtung! Waldenburg. Achtung!
Zu der am Sonnabend, den 16., u. Sontag, den 17. November, stattfindenden **Einweihung** verbunden mit großem Schweinschlachten, ladet ergebenst ein **Alfred Dörich nebst Frau,** Speisewirtschaft vis-à-vis dem „Anker". [5582

Tee neuester Ernte.
Empfehle mein reichhaltiges Lager chinesischer Tees von 1.80, 2.— Mk. u. s. w. pro Pfund an. — Jeden Freitag und Sonnabend: Teereste u. Krümeltee pro Pfund 2.— und 2.40 Mk. (sehr beliebt). [5296
Tee-Spezial-Geschäft A. Kadoch Nachfl., Schweidnitzerstraße 34/35.

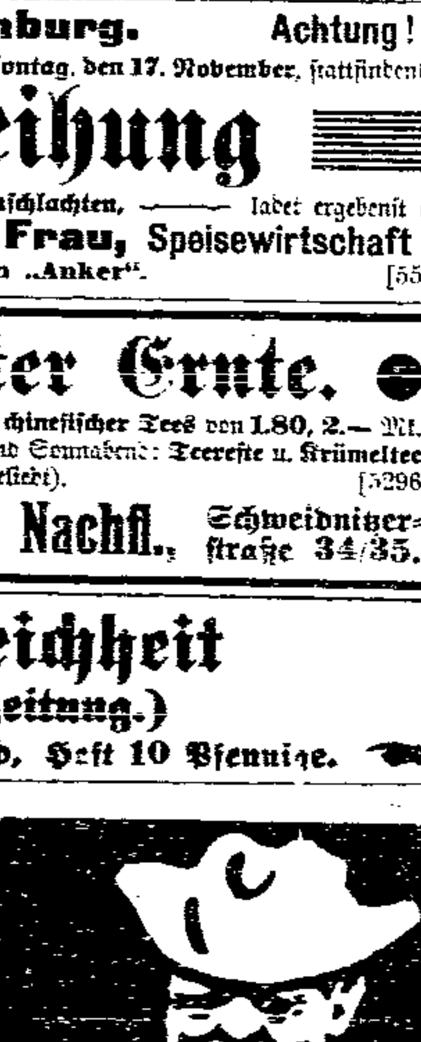
Die Gleichheit (Frauenzeitung.)
Alle 14 Tage erscheinend, Heft 10 Pfennige.

Möbel Spiegel. Polsterwaren
in eigener Werkstatt von nur besten Materialien gefertigt. 95
Kein Abzahlungsgeschäft gewähre aber gern Teilzahlung.
Preise enorm billig.

Plüschgarnitur	100 Mk.
Salontisch	18 „
Trumeau mit Muschelaufsatz	66 „
Schrank „ „	60 „
Vertiko „ „	45 „
Spiegel mit Schränkchen und Muschelaufsatz	35 „
Diwan in gutem Stoff	26 „
Bettstelle mit Matratze	36 „
Rohrstuhl mit hoher Lehne	4 „

Teppiche, Läufer, Uhren und sämtl. and. Ausstattungsstücke nur bei
F. Pauer, Sandstr. 5.

Rechte u. Pflichten des Mieters nach d. neuen Bürgerl. Gesetzbuch Kommentar gegen Miethsrecht von Alex. Lipinski.
Preis pro Exempl. 20 Pfennige.
Die Broschüre ist sachkundig auf Grund der Motive und der Denkschrift zum Bürgerlichen Gesetzbuch bearbeitet und ist ein sicherer Führer durch das Miethsrecht.
Buchhandlung Volkswacht.



5584
Bock Hopf & Görcke Gräbschen. Tel. 238 u. 1921.

Photographie!! Sonntag von früh 8 Uhr bis abends 6 Uhr geöffnet.
Meiner werten Kundschaft zur gefälligen Mitteilung, daß ich von nun an durch meine neue **elektrische Kunstlichteinrichtung** imstande bin, auch Aufnahmen bei denkbar ungünstiger Witterung sowie Abends — auch Maskenaufnahmen usw. — zu machen.
Gleichzeitig bitte ich **Weihnachts-Aufträge**
Vergrößerungen auch von jedem älteren Bilde, — sowie Porträts und Kinderaufnahmen —
recht bald aufgeben zu wollen. 5585
Solide Preise. Vorzügliche Ausführung. Garantiert beste Haltbarkeit.
Emil Schroeder, Photographisches Atelier
Friedrich-Wilhelmstr. 60/62, Gartenhaus parterre.

Die aus der **B. Friedländer**'schen **Konkursmasse**
erworbenen Waren, bestehend in nur guten, gediegenen **modernen Herren- u. Knaben-Garderoben** sämtliche bei mir vorhandenen Waren sind wie nach Maß, mit den besten Zutaten und mit allen Chicanen 2c. verarbeitet und werden wirklich zu **spottbilligen, jedem annehmbaren Preise** verkauft. 5581
Nur Albrechtsstr. 44/45, 2. Viertel v. Ringe links
Robert Lippmann. Teleph. 3731.

Soeben erschienen!
Referenten-Führer von Ed. David. Preis 1,50 Mk.

Die Mutter als Erzieherin.
Kleine Beiträge zur Praxis der proletar. Hauserziehung von Heinr. Schulz.
Preis 50 Pfg.
Buchhandlung Volkswacht.

Beilage zu Nr. 268 der „Volkswacht“.

Freitag, den 15. November 1907.

KÖNIGLICHE UND UNIVERSITÄTS-BIBLIOTHEK BRESLAU.

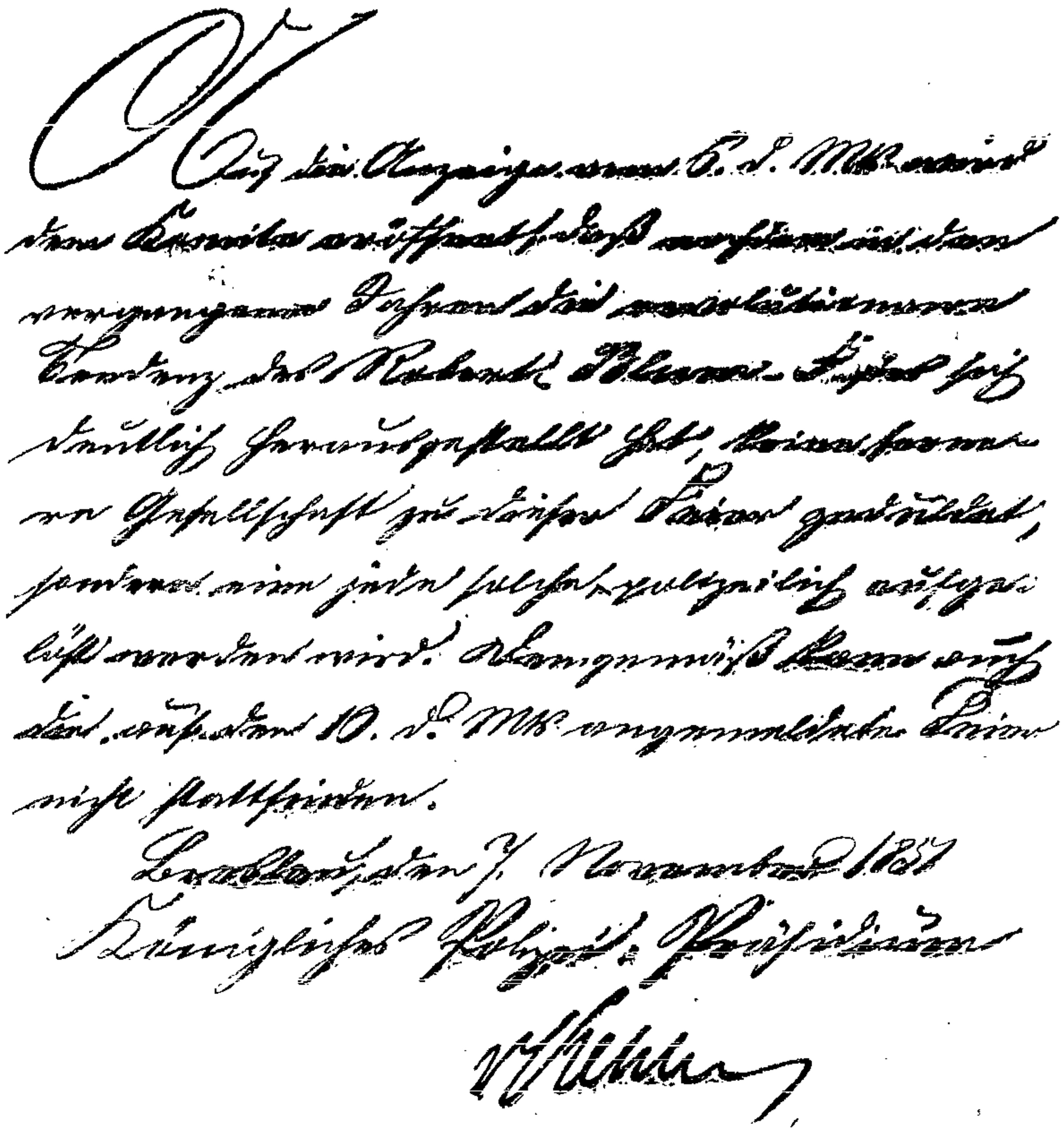
Breslauer Erinnerungen an Robert Blum.

Unser Artikel am vorigen Sonntag zum Gedächtnis Robert Blums, des Demokraten, der in Wien den Kugeln der Staatsschergen zum Opfer fiel, hat Veranlassung gegeben, auch einige Breslauer Blum-Erinnerungen wachzurufen, die zum Teil geradezu einen Vergleich mit unseren heutigen Zuständen herausfordern.

Die Vorgängerin der Freien Religionsgemeinde war es, die junge Christkatholische Gemeinde, die sofort nach seinem Heldentode hier in Breslau eine Sammlung eröffnete, um die Familie des gemordeten Kämpfers für die deutsche Freiheit vor Not und Elend schützen zu helfen. Der Vorstand der Gemeinde erließ ein Manifest, durch das er aufforderte, Blums Freunde möchten „zur Bildung eines Komitees für Unterstützung der hinterlassenen Familie des gefallenen Freundes“ im Café Restaurant am 28. November zusammentreten. In dem Aufrufe heißt es:

„Robert Blum, einer der edelsten Vorkämpfer der Freiheit, ist gefallen, gefallen für die deutsche Sache, der er seit einer Reihe von Jahren mit allen seinen Kräften gedient. Wir sind es ihm schuldig, daß wir für seine Familie Sorge tragen.“

Indessen ist es nicht gelungen, damals schon ein solches Komitee zustande zu bringen. Denn am 5. Januar 1849 versendet der Vorstand der Gemeinde an den Seifensiedermeister Jankowski, an den Justizkommissarius Fischer und den Fabrikanten Fleische, eine Aufforderung, in das Komitee einzutreten, das sich durchaus notwendig gemacht habe und dem auch das Mitglied des Gemeindevorstandes, der Universitäts-Bibliotheks-Sekretär Müller beitreten werde. Ob dieses Komitee zustande gekommen ist, konnten wir nicht feststellen, jedenfalls aber sind Gelder gesammelt worden; das zeigt einmal das hier in Faksimile wiedergegebene **Dankschreiben der Witwe Blums** und ferner eine vom 13. April 1849 datierte und Eichhorn oder Eichborn unterzeichnete Erklärung, wonach für die Blum'schen Erben 48 Taler 4 Silbergroschen 8 Pfennige eingegangen sind.



Auf die Anzeige vom 6. d. Mts. wird dem Comite eröffnet, daß, nachdem sich in den vergangenen Jahren bei [illegible] Feier des Robert Blum-Festes sich deutlich herausgestellt hat, keineswegs [illegible] Gesellschaft zu dieser Feier [illegible], sondern [illegible] zugänglich [illegible] wird. [illegible] die auf den 10. d. Mts. angemeldete Feier nicht stattfinden.

Breslau, den 7. November 1851

Königliches Polizei-Präsidium

v. Kehler

Auch in anderer Weise suchte der Vorstand der Christkatholischen Gemeinde das Andenken des auf dem Sandhaufen gefallenen Freiheitskämpfers zu ehren. Sonntag, den 19. November, veranstaltete die Gemeinde in der ihr gastweise zur Verfügung gestellten Bernhardinkirche einen Trauergottesdienst. Ferner wurde am 12. Januar 1849 an das sächsische Gesamtministerium vom Vorstand und den Gemeindeältesten der Christkatholischen Gemeinde eine Petition abgesandt, in der es heißt:

„Schon sind zwei Monate verflossen, seit auf deutschem Boden eines edlen Volksvertreters Leben hingeopfert wurde — und noch ruht seine Asche nicht in der heimischen Erde seines Landes. Die Stätte, an welcher er sein Leben aushauchte, ist nimmermehr würdig, seine irdische Hülle zu behalten. Deshalb richten auch wir, vertrauend, daß wenigstens Sachsen den an Einem seiner Bürger und Nationalvertreter verübten Schimpf endlich sühnen werde, an das Sächsische Gesamt-Ministerium die dringende Bitte,

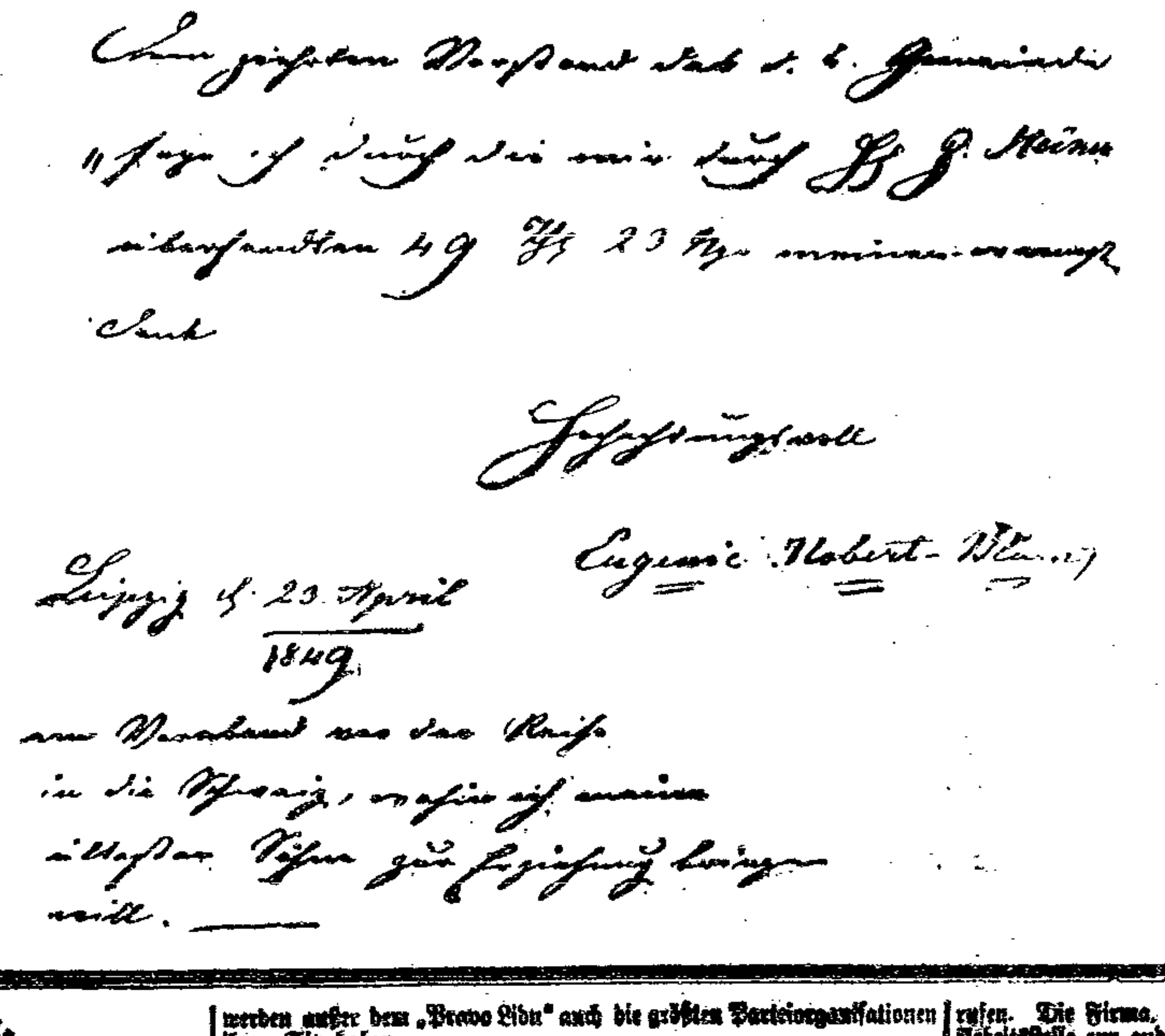
dasselbe wolle mit aller, Ihm zustehenden Kraft, die nötigen Maßregeln ergreifen, damit die irdischen Ueberreste Robert Blums der sächsischen Erde zurückgegeben werden.“

Auch in den späteren Jahren hielt die Christkatholische Gemeinde das Andenken Blums in hohen Ehren. Sie veranstaltete am 9. November 1849 im Wintergarten auf der Paulstraße eine Gedächtnisfeier, auf deren Programm wir u. a. die Ouvertüre zu Beethovens „Fidelio“ und zum „Egmont“, sowie den großen Trauermarsch desselben Großmeisters der Töne finden; ferner zwei Lieder: „Der tote Landmann“ von A. Hoffmann und „Die Fahnenwacht“ von Lindpaintner. Rudolf Gottschall, der jetzt noch in Leipzig lebt, steuerte ein Gedicht: „Robert Blum“ bei. Den Mittelpunkt bildete eine Gedächtnisrede, während zum Schluß eine plastische Darstellung mit Musikbegleitung gegeben wurde.

Eine ähnliche Feier wurde am 9. November 1850 veranstaltet. Auch hier finden wir wieder auf dem Programm Musik von Beethoven, ferner von Rossini, Mendelssohn-Bartholdy und Kalliwoda, sowie einen Trauermarsch zum Andenken der Gefallenen bei Idstedt von Witt und ein Requiem von Ronge. Außer der Gedächtnisrede wurde noch das Lied: „Der Soldat“ von Tauwitz und ein Gedicht von J. Lasker: „Den Manen Robert Blums“ vorgetragen.

Bereits im folgenden Jahre hatte die Reaktion so die Oberhand gewonnen, daß der Polizei-Präsident von Kehler die geplante Feier verbieten konnte, weil die Feier vom Jahre 1850 „revolutionäre Tendenzen“ gezeigt habe! Unsere Leser finden das denkwürdige und uns so ganz und gar modern anmutende Kulturdokument ebenfalls hier in Faksimile-Abdruck.

Die Bekanntgabe des Verbots erfolgte in der Oeffentlichkeit durch Flugblätter. Es wurde darin mitgeteilt, daß gegen Rückgabe der Billets der dafür entrichtete Betrag wieder in Empfang genommen werden könne, falls nicht auf das Eintrittsgeld zur Deckung der Kosten und eventuell zum Besten der Blum-Stiftung für arme Schulkinder Verzicht geleistet werde. Das Flugblatt wurde so stark begehrt, daß bei der Günther'schen Buchdruckerei die dort vorhandenen Exemplare bald vergriffen waren und daß in der Bibliothek der Freireligiösen Gemeinde — der wir dieses Material entnommen haben — nur ein solches Exemplar aufbewahrt werden konnte, welches an einer Straßenecke geklebt hatte und von dort entfernt worden war.



Dem geehrten Vorstand der d. k. Gemeinde sage ich Dank für die mir durch H. G. [illegible] übersandten 49 Th 23 Sg meinen wärmsten Dank

Hochachtungsvolle

Eugenie Robert-Blum

Leipzig d. 23 April 1849.

am Vorabend vor der Reise in die Schweiz, wohin ich meine ältesten Söhne zur Erziehung bringen will.

Robert Blum ist gefallen für die bürgerliche Freiheit, und mit Recht ehrten seine Zeitgenossen ihn als einen ihrer verehrungswürdigsten Nationalhelden. Auch in diesem Jahre, zur Jahrhundertfeier seines Geburtstages, war die bürgerliche Presse fast aller Richtungen des Lobes für den von Ordnungsschergen niedergeschossenen Freiheitskämpfer voll. Sogar Pastor Nitschkes „Schlesische Morgenzeitung“ brachte einen Artikel über den Rebellen, in dem allerdings sein Sohn, der bekannte Reaktionär Hans Blum, nachzuweisen sich bemüht, daß dieser Rebell kein Rebell gewesen sei. Dann hat wohl also die blutdürstende Staatsgewalt einen nichtswürdigen Mord begangen, nicht wahr, Herr Nitschke? Das könnte allerdings stimmen.

Das Andenken des hingeopferten Volksmannes führen sie wohl alle im Munde; aber sein Freiheitsvermächtnis haben sie längst verschachert. Und wie einstens die staatserhaltenden Feinde des freiheitliebenden Volkes dieses niederknüppelten, so wird heute die sozialdemokratische Arbeiterschaft, die allein noch die Blum'schen Freiheitsideale im Herzen trägt, von den Epigonen eben dieses Blum verdächtigt und verfolgt. Sie haben kein Recht mehr, sich die Erben Robert Blums zu nennen.

Arbeiterbewegung.

Gewerbegerichtswahl in Magdeburg. Bei der Arbeitnehmer-Beisitzerwahl entfielen auf die Liste des Gewerkschaftskartells 10,504, auf die Hirsch-Dunckerschen 889, auf die gelben Gewerkvereine 1297, auf die christlichen Gewerkschaften 315 Stimmen. Danach erhält das Gewerkschaftskartell 40, die Hirsch-Dunckerschen 4, die Gelben 5 und die Christlichen 1 Beisitzer. Das Kartell hat vier Arbeiterbeisitzer-Mandate verloren, bei den Unternehmern vier gewonnen.

Das gräfliche Palais als Gewerkschaftshaus. Wie das „Pravo Lidu“ mitteilt, ist am 2. d. M. der Kaufvertrag abgeschlossen worden, durch den das Palais des Grafen Kinsky in der Hybernergasse in Prag in den Besitz der sozialdemokratischen Partei übergeht. Als Käufer fungiert die Arbeiter-Zeitungs- und Baugenossenschaft in Prag. Das Haus, das im Zentrum von Prag steht, hat einen Umfang von 6020.97 qm. Seine Stirnseite in der Hybernergasse ist 71,67 Meter lang; nach rückwärts dehnt es sich über 100 Meter lang. Zu ihm gehören drei Höfe und zwei Gärten. Der Kaufpreis beträgt 1,071,892 Kronen, wovon ein Teil sofort bezahlt wurde und ein Teil als Hypothek auf dem Hause verbleibt. In dem neuen Arbeiterpalast werden außer dem „Pravo Lidu“ auch die größten Parteiorganisationen ihren Sitz haben.

Bergarbeiterstreik. Die gesamte Mannschaft der den Gebrüdern Gutmann gehörenden Schächte zu Mährisch-Ostrau ist wegen Lohnforderungen in den Streik getreten.

Zur Lohnbewegung der Hamburger Buchbinder. Am Sonnabend Abend legten in einer Anzahl Betriebe die Buchbinder und Hilfsarbeiterinnen die Arbeit nieder. Zu einer allgemeinen Arbeitseinstellung ist es noch nicht gekommen. Es finden noch Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Arbeitgeber-Korporationen statt. Die Buchbinder-Innung hat den Minimallohn der Arbeiterinnen anerkannt, während die Buchdrucker-Innung sich noch sträubt. Zu den neuen Bedingungen arbeiten in 47 Betrieben 318 Arbeiter und Arbeiterinnen. In sechs Betrieben haben 50 Personen die Arbeit eingestellt. Die anderen Betriebe werden erst nach Beendigung der Verhandlungen Stellung nehmen. Im [illegible] arbeiten 1200 Gehilfen und Arbeiterinnen.

Achtung, Klempner! Der Streik in der Osnabrücker Badewannenfabrik von Kronschröder nimmt seinen Fortgang. Die Klempner hatten das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen. Die Firma, welche in Arbeit tretende Streikende von einer Arbeitsstelle zur anderen jagt, hat es brüsk abgelehnt, vor dem Einigungsamt zu erscheinen mit der Motivierung, daß sie vollen Ersatz für die Streikenden gefunden habe und von diesen keinen wieder beschäftigen werde. Demgegenüber steht fest, daß die Firma mit vereinzelten Ausnahmen nur ungelernte Arbeiter als Ersatz bekommen hat. Sie wird deshalb versuchen, durch Inserate in den bürgerlichen Zeitungen Klempner nach hier zu locken. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß Osnabrück unter allen Umständen von Klempnern zu meiden ist. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Osnabrück.

Spaltung der italienischen Gewerkschaften. Auf dem in diesen Tagen in Parma abgehaltenen Kongreß der syndikalistischen Gewerkschaftsführer kam es zu einer Spaltung der italienischen Gewerkschaftsbewegung. Der Grund des unerquicklichen Streites liegt in der Taktik um die Organisationsform. Hoffentlich kommen die Zersplitterer bald zu der Einsicht, daß die Vergeudung der Kräfte ihnen nur Schaden, den Unternehmern aber Nutzen bringt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 14. November.

Geschichtskalender.

14. November.

1716 Der Philosoph Gottfried Wilhelm Freih. v. Leibniz in Hannover †.
1825 Der Schriftsteller Jean Paul (Friedrich Richter) in Bayreuth †.
1831 Der Philosoph Friedrich Hegel in Berlin †.
1892 Sozialdemokratischer Parteitag in Berlin.
1897 Kiautschoubucht von deutschen Marinetruppen besetzt.

Die Wahlen zum Kaufmannsgericht

finden für die Handlungsgehilfenschaft heute Abend von 6 bis 9 Uhr in den betreffenden, von der Behörde bekannt gegebenen Bezirks-Wahllokalen statt. Kein wahlberechtigter Handlungsgehilfe versäume es, rechtzeitig zur Wahl zu gehen und dort seine Stimme für die

Liste des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands,

die **Liste 4** (Theunert — Jedlitzschka), abzugeben.

Kein Wähler darf fehlen! Jede einzelne Stimme kommt in Betracht, denn es wird nach dem Verhältniswahlsystem gewählt.

Nicht nur um der richterlichen Vertretung im Kaufmannsgericht willen ist es nötig, daß alle modern und freiheitlich gesinnten Handlungsgehilfen ihre Stimmen auf die Liste 4 vereinigen, ebenso wichtig ist es, daß der mit aller seiner Energie für die Besserung der sozialen Lage der Handelsangestellten eintretende Zentralverband auch im Ausschuß des Kaufmannsgerichts vertreten ist.

Darum tue jeder Wahlberechtigte seine Pflicht. Alle unsere Leser und Leserinnen aber werden dringend ersucht, die ihnen bekannten Handlungsgehilfen an diese Pflicht zu erinnern.

---

* **Der Staatsanwalt wahrt die Interessen des Angeklagten.** Dieser Angeklagte war der Polizeipräsident Dr. Bienko. Genosse Albert hatte bekanntlich wegen der aus Anlaß der Tivoliversammlung an die Staatsanwaltschaft am 1. Mai 1906 gerichteten Anzeige Privatbeleidigungsklage angestrengt, weil diese Anzeige von erlogenen und schamlosen Berichten der „Volkswacht" und von einer hetzerischen Tätigkeit Alberts sprach. Die Regierung hat, wie unsere Leser wissen, gegen diese Klage den Kompetenzkonflikt erhoben und das Gericht hat das Verfahren daraufhin eingestellt. Vorher war die Klage, wie jede Privatklage, der Staatsanwaltschaft, den Bestimmungen der Strafprozeßordnung entsprechend, zur Kenntnisnahme übersandt worden. Die Staatsanwaltschaft hat aber von der Klage nicht nur wie sonst meistens kurzer Hand Kenntnis genommen, sondern diesmal hat sie sogar zur Eröffnung des Hauptverfahrens einen Antrag gestellt, und zwar den Antrag auf Zurückweisung der Klage. Wir bezweifeln zunächst, ob nach der Strafprozeßordnung dem Staatsanwalt das Recht, Anträge zur Eröffnung des Hauptverfahrens in Privatklagesachen zu stellen zusteht. Aber selbst, wenn dies der Fall sein sollte, dann berührt es immerhin sehr eigenartig, daß die Anklagebehörde gerade im vorliegenden Falle zu Gunsten des Beschuldigten in das Verfahren eingreift.

In der Begründung ihres Antrags will die Staatsanwaltschaft den Schutz des § 193 Str.-G. (Wahrung berechtigter Interessen) in vollstem Umfange für den beschuldigten Polizeipräsidenten in Anspruch genommen wissen. Behielte der Staatsanwalt Recht, dann würde das Publikum jeder, auch der gröbsten Beleidigung durch einen Beamten, schutzlos und wehrlos gegenüberstehen. Aber die Gesetze gelten ebenso wie für sozialdemokratische Redakteure, denen der Schutz des § 193 fast stets versagt wird, auch für einen Polizeibeamten.

Energischer Protest muß schließlich noch dagegen eingelegt werden, daß der Staatsanwalt die politische Gesinnung des Rechtsanwalts Simon, des Vertreters von Albert, in seine amtliche Aeußerung hineinzieht. Der Rechtsanwalt steht dem Staatsanwalt als Rechtsanwalt und nur als solcher gegenüber, und kein Staatsanwalt der Welt hat das Recht, die politische Gesinnung des Verteidigers in die Gerichtsräume und in die Akten zu tragen.

Unsere Mappe „Von der Breslauer Justiz" wird immer dicker.

---

* **Wenn zwei dasselbe tun, dann ist es nicht dasselbe.** Große Plakate klebten heute früh an allen Litfaßsäulen, in denen die Breslauer Handlungsgehilfen aufgefordert wurden, bei der Wahl zum Kaufmannsgericht die Liste der vereinigten Handlungsgehilfenvereine zu wählen. Das alte preußische Preßgesetz, das der Breslauer Polizei-Präsident sehr genau kennt, wie wir aus mancher seiner gegen den Sozialdemokratischen Verein gerichteten Verfügungen ersehen haben, lautet in seinem § 9 folgendermaßen:

„Anschlagzettel und Plakate, welche einen anderen Inhalt haben, als Ankündigungen über gesetzlich nicht verbotene Versammlungen, über öffentliche Vergnügungen, über gestohlene, verlorene oder gefundene Sachen, über Verkäufe oder andere Nachrichten für den gewerblichen Verkehr, dürfen nicht angeschlagen, angeheftet oder in sonstiger Weise öffentlich ausgestellt werden."

Das alte preußische Preßgesetz besteht zwar unserer Auffassung nach ebensowenig zu Recht wie die gegenwärtige preußische Verfassung und alle Gesetze, die Friedrich Wilhelm der Vierte in der Reaktionsperiode unter Bruch von Recht und Gesetz und Treu und Glauben „erlassen" hat. Deshalb hätten wir gewiß nichts dagegen einzuwenden, wenn der Polizeipräsident dasselbe unter Aktenstaub vermodern ließe und nie wieder hervorholte, aber das tut er nicht. Sobald nämlich Sozialdemokraten Zettel anheften lassen, erinnert er sich vielmehr stets sehr genau, daß hierüber gewisse „Bestimmungen" existieren. So war es erst in diesem Jahre, als wir bei der Reichstagswahl Plakate mit den Namen unserer Kandidaten Bernstein und Tutzauer anheften lassen wollten. Die Genehmigung hierzu wurde versagt. Dagegen klebten gleichartige Plakate der bürgerlichen Parteien sehr wohl an den Säulen. Auf unsere Beschwerde antwortete der Präsident, er habe jenen Beauftragten der bürgerlichen Parteien auf deren Antrag eröffnet, daß solche Plakate in Rücksicht auf § 9 des preußischen Preßgesetzes unter keinen Umständen angeschlagen werden dürfen.

Also trotz ausdrücklichem Verbot klebten die bürgerlichen Wahlaufrufe. Dabei haben wir aber auch nicht beobachtet, daß Schutzleute auf Befehl sich auf die Plakatsäulen gestürzt und die gesetzwidrigen Plakate mit den Säbeln abgekratzt hätten, was, wenn es sich um uns handelte, bereits an verschiedenen Orten vorgekommen ist. Nach dem erwähnten Schreiben des Polizeipräsidenten ist gegen die verantwortlichen Personen strafrechtlich eingeschritten worden; welche „Strafen" aber festgesetzt worden sind, ist uns unbekannt geblieben.

Besondere „Unparteilichkeit" legt indes Herr Lessenthin, der Unternehmer des Breslauer Plakatwesens, an den Tag. Plakate von links prüft er mit der Lupe nach § 9 und oft schon haben Gewerkschaften einzelne Teile des Inhalts ihrer Plakate überkleben müssen, etwa wenn es sich um eine „Aufforderung" zum Besuch einer Versammlung oder eines Vergnügens handelte. Plakate des Sozialdemokratischen Vereins kommen wahrscheinlich ohne besondere „Genehmigung" des Polizeipräsidenten überhaupt nicht an die Säulen, denn die Furcht des Herrn Lessenthin ist in dieser Hinsicht groß. Von bürgerlicher Seite dagegen scheinen, wie der heutige Fall wieder beweist, alle Plakate unbesehen angeschlagen zu werden.

Also es kleben heute wieder einmal Plakate mit „ungesetzlichem" Inhalt an den Säulen und wieder sehen wir keine Schutzleute, die sie mit den Säbeln abkratzen. Als Gegenstück weisen wir darauf hin, daß Kommissar Tobschall von der Gräbschenerstraße sich in letzter Zeit sehr bemüht hat, die „sozialdemokratischen" Plakate, die das letzte Volkskonzert betrafen, aus Restaurationen zu entfernen. In Preußen sind eben alle vor dem Gesetz gleich.

* **„Zick-zack" oder „Vom Bau der Kaiserbrücke".** Wird sie gebaut? — Wird sie nicht gebaut? Dieses anmutige Frage- und Antwortspiel ist nunmehr wieder in eine neue Phase getreten. Augenblicklich nämlich wird sie wieder einmal gebaut werden. Die Oberstrombauverwaltung soll auf Einspruch des Magistrats darauf verzichtet haben, die bekannte Verfügung, betreffend die Anerkennungsgebühr, durch die Klausel „unter dem Vorbehalte anderweiter Festsetzung" zu verschärfen. Wie offiziös verlautet, soll die fragliche Klausel, die übrigens von der Strombaubehörde als ganz harmlos bezeichnet wird, nur aus Versehen in das betreffende Schriftstück gekommen sein; jedenfalls habe es nicht in der Absicht der Behörde gelegen, die Stadt anders zu behandeln wie jeden sonstigen Interessenten, welcher der Strombauverwaltung zu einer Anerkennungsgebühr von 10 Mark zahlungspflichtig ist. — Wir sind neugierig, zu welchen neuen Wandelbildern von der kommunalen Selbstverwaltung das Schicksal der Kaiserbrücke uns noch verhelfen wird. — Uebrigens hat die „Schles. Ztg." auch diese Angelegenheit nicht vorüber gehen lassen können, ohne dem Magistrat in ihrer bekannten Gehässigkeit eins auszuwischen. Auch den Lesern der „Schles. Ztg." geht ja die ewige Aufzieherei mit der Kaiserbrücke über die Hutschnur. Und sie verlangen von ihrem Leibblatte eine energische Stellungnahme. Da das regierungstreue Blatt es aber nicht wagt, der Staatsbehörde für den Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung eins auszuwischen, so wird flugs der Magistrat als der schuldige Teil verdächtigt; dem Magistrat müsse offenbar am Bau der Brücke nichts gelegen sein, sonst würde er sich an einer solchen Formalität, wie die Anerkennungsgebühr, nicht stoßen. Wir haben weder Beruf noch Neigung, uns als Verteidiger des Magistrats aufzuspielen, aber die perfide Gesinnung der „Schles. Ztg." muß bei jeder Gelegenheit immer wieder festgenagelt werden.

* **Das Begräbnis der Opfer des Meineckeschen Brandunglückes** fand Mittwoch Nachmittag unter massenhafter Beteiligung von Leidtragenden und Mitarbeitern der Verunglückten statt. Die Leiche des Arbeiters Seidel wurde auf dem Elftausendjungfrauen-Friedhofe in Pohlanowitz beigesetzt. An 1000 Personen gaben dem so jäh aus dem Leben Gerissenen das letzte Geleite. Ein Mitarbeiter des Verunglückten hielt eine kurze Ansprache, die anfangs durch den Eingriff des Totengräbers gestört wurde. Als dann aber der Chef der Firma Meinecke intervenierte, konnte der Redner die Ansprache zu Ende führen. Leider bewegte diese sich in dem alten Geleise pastoraler Phrasen, sodaß die Arbeiter höchst enttäuscht von dannen zogen.

Das Begräbnis des verunglückten Arbeiters Lietsch, an dem ebenfalls an 1000 Personen, darunter die 500 Mitarbeiter von Meinecke, teilnahmen, zeitigte einen peinlichen Zwischenfall. Der zuständige Geistliche hatte nämlich ausgekundschaftet, daß der Verunglückte — entsetzliches Verbrechen! — zwar verheiratet, aber nicht kirchlich getraut war. Und da dieser Gottesmann eine Ehe ohne kirchlichen Segen anscheinend für unsittlich hält und einen nicht kirchlich eingesegneten Ehemann noch im Sarge verdammt, so versagte er den Angehörigen seine Mitwirkung. Wenn er aber geglaubt hatte, damit die Leidtragenden zu zerknirschter Demut und zum Bußetun in Sack und Asche zu veranlassen, so war er auf dem Holzwege. Die Firma, sichtlich unangenehm berührt durch das Verhalten dieses Dieners der Kirche, engagierte für 30 Mark eine Musikkapelle. Und anstatt der pastoralen Bibelverse erklangen nunmehr am Grabe die ergreifenden Töne eines Trauermarsches. Gar mancher der am Grabe Stehenden gab sich innerlich das Versprechen, auch diesen Vorfall allen denen zur Lehre und Darnachachtung zu unterbreiten, die noch nicht mit der Kirche gebrochen haben. Selten gab es auf einem Friedhofe eine peinlichere Situation: Da, wo man zu Herzen gehende Worte über das gräßliche Unglück zu hören gekommen war, erbitterte man die Seelen der Leidtragenden mit dem häßlichen Streit zwischen Kirche und freier Weltanschauung. Nun, wir sind es nicht, die es zu beklagen haben, denn die Hauptleidtragenden werden die Kirche und ihre Diener sein.

* **Elektrische Straßenbeleuchtung.** Wie der Stadt-Verordnete Rother in der letzten Versammlung des Bezirksvereins Ohlauer Vorstadt mitteilte, ist in dem Etat für 1908 die Summe von 116,700 Mark eingestellt für die elektrische Beleuchtung der Klosterstraße bis Mauritiusplatz einschließlich, der Friedrich-Wilhelmstraße nebst Wachtplatz bis zum Striegauer Platz einschließlich und der Gräbschener Straße.

Aus aller Welt.

Die „unfehlbare" Justiz. Aus Magdeburg meldet die „B. Z.": Der im Jahre 1906 wegen Meineid auf Grund eines Indizienbeweises zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilte Möbelhändler Lemgau wurde im Wiederaufnahmeverfahren für **unschuldig** erklärt und **freigesprochen.** Lemgau hat bereits **die Hälfte der Strafzeit verbüßt.**

Zwei Eisenbahnattentäter verurteilt. Zwei Attentate auf Eisenbahnzüge hatten am 21. Juni d. J. die Dienstknechte Richard Obst und Walter Oehme aus Seelower Loose unternommen. Beide hatten in der Erziehungsanstalt Strausberg Bekanntschaft miteinander gemacht und beschlossen, einen Eisenbahnzug zur Entgleisung zu bringen. Am Abend des 21. Juni legten sie in der Nähe des Bahnhofs Werbig eiserne Isolierhaken über das Gleis. Die Verbrecher beobachteten von einem Versteck aus den herankommenden Zug. Der Zug fuhr zwar gegen das Hindernis auf, schob es aber nur noch etwa 400 Meter vor sich her, ohne zu entgleisen. Nach diesem Fehlschlag beschlossen die Verbrecher, sofort einen zweiten Versuch zu unternehmen. Sie legten vier 83 Kilogramm schwere Eisenbahnschwellen quer auf die Schienen. Aber auch diesmal mißlang der Plan. Die Verbrecher hatten sich dieser Tage vor dem Schwurgericht in Frankfurt a. O. zu verantworten. Das Gericht verurteilte sie wegen vorsätzlicher Eisenbahntransportgefährdung zu je sechs Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

Ein Beispiel heroischer Selbstaufopferung eines Bahnbeamten wird aus Mexiko berichtet: Auf dem Bahnhofe von Nacozari war ein Güterzug in Brand geraten. Der Lokomotivführer Garcia wußte, daß in dem Zuge sich zwei Wagen mit Dynamit befanden. Es war zu spät, die Wagen abzukoppeln. Garcia rief den Beamten zu, den Zug zu verlassen. Mit Volldampf brauste er dann mit dem brennenden Zuge zur Stadt hinaus. Nach einigen Minuten Fahrt, gerade vor einem Streckenhause, in dem zwölf Männer weilten, kam es zur Explosion. Die Lokomotive mit ihrem Führer, die Wagen, das Streckenhaus, die zwölf Leute und ein junger Amerikaner, der in der Nähe spazieren ritt, wurden zu Atomen zerrissen. Ein acht Meter tiefes Loch im Erdboden bezeichnet die elementare Wucht des entsetzlichen Ereignisses. Und dem Helden, der durch seine Aufopferung eine ganze Stadt gerettet hat, konnte nicht einmal ein Grab geschaffen werden.

Achtzehn Mark „Monatsgehalt"! Vor der Freiburger Strafkammer hatte sich der achtzehnjährige Schreiber B. wegen Diebstahls zu verantworten. Der junge Mensch ist aus Not zum Diebe geworden und der eigentliche Urheber des Vergehens ist — die Stadt Lengefeldt, die B. nach dreijähriger Lehrzeit als Schreiber mit dem fürstlichen Gehalt von 18 Mark monatlich in ihrer Kanzlei anstellte. B. war vor Gericht geständig, in einem Zeitraum von einem halben Jahre in mehreren Posten aus verschlossenen Behältern, die er mit Dietrichen öffnete, der Stadtkasse insgesamt 1800 Mark gestohlen und in seinem Nutzen verwendet zu haben. Die Diebstähle versuchte der Angeklagte durch Fälschung der Kassenbücher zu verdecken. Das Urteil lautete auf zwei Jahre und drei Monate Gefängnis! Die bürgerlichen Richter scheinen die Ursache des Verbrechens nicht verstanden zu haben.

Schlangengift im Wein. Aus Zsombolya wird gemeldet: Der Wirtschaftsbesitzer Jovan Maleson aus Nagykomlos kehrte in einem Gasthause in Nagyteremia ein. Nach dem Genuß eines Glases Wein erkrankte er an Vergiftungserscheinungen und starb, ehe ein Arzt zur Stelle war. Auch die Gattin des Wirtes, die von dem Weine getrunken hatte, verschied unter entsetzlichen Qualen. Die Untersuchung ergab, daß in dem Weinfaß ein in Verwesung übergehender Kadaver einer Schlange war. Auf welche Weise die Schlange in das Weinfaß geriet, konnte bisher nicht festgestellt werden.

Kleine Chronik. Wie die „Völklinger Ztg." meldet, stürzte in der Viktoriastraße in **Völklingen** ein 15 Meter hoher Neubau ein, dessen Dachstuhl bereits errichtet war. Bis 5 Uhr Nachmittags waren 2 Tote und 5 Schwerverletzte geborgen. — Bei dem Hauseinsturz in **Großwardein,** über den wir bereits berichteten, wurden bis gestern Abend neun Tote geborgen. Es befinden sich noch mehrere Tote unter den Trümmern. Von den Verletzten sind zwei im Krankenhaus gestorben.

* * *

Humoristisches.

Die Moltke-Harden-Nummer des „Simplizissimus" ist bekanntlich von einem übereifrigen Münchener Staatsanwalt **konfisziert** worden. Dabei kann es sich wohl nur um einen bedauerlichen Mißgriff handeln, denn die ganze Nummer ist in Bild und Wort der Ausdruck des Protestes natürlicher Sittlichkeit gegen geschlechtliche Krankhaftigkeit und ihren sozialen Einfluß. Daß diese unsere Behauptung richtig ist, möge eine Probe beweisen: Peter Schlemihls Gedicht an die Herren Hofprediger:

Bitte, stecken Sie die Nasen
Einmal tief in diese Blüten,
Welche dicht am Throne sprossen
Den Sie doch so treulich hüten!

Sehen Sie mit strengen Augen
Jedes Unkraut unterm Volke,
Und der Saustall neben Ihnen
Barg sich hinter einer Wolke?!

Ich natürlich glaube Ihnen,
Aber viele, die Sie kennen,
Sagen, daß Sie gern geschwiegen,
Um das Maul nicht zu verbrennen.

Scheuchet diesen argen Zweifel,
Daß er gänzlich sich verliere!
Gründet Magdalenenheime
Auch für Gardeoffiziere!

Man wird uns zugestehen, bemerkt unser Frankfurter Bruderblatt, daß ein ernsteres und sittlich berechtigteres Veto gegen die preußische Gardeinnenmoral nicht eingelegt werden kann, als mit diesen Zeilen. Und derselbe Geist überlegenen Hohns für ostelbische Zustände füllt die ganze Nummer. Daß es deshalb ausgesucht ein Münchener Staatsanwalt sein muß, der konfisziert, ist auch wieder ein Witz für sich.

* * *

Der gestürzte Minister. Dem Hausminister Serenissimi soll auf einem Ritt durch die Wüste das Malheur passiert sein, vom Kamel zu stürzen. Als Serenissimus davon erfährt, fragt er seiner Minister bei der Tafel, wie ihm denn zu Mute gewesen, als er so unter dem Kamele lag.

„Durchlaucht", war die Antwort, „es ist schrecklich, wenn man Kamele unter sich hat, aber ein Kamel über sich zu haben —". Worauf Serenissimus: „Mein Lieber — äh — mein Lieber, werden Sie nicht anzüglich"!

* **Eine magistratsoffiziöse Antwort auf den offenen Brief an den Stadtschulrat Pfundtner** wegen der Vertreibung der Freien Turnerschaft aus den städtischen Turnhallen finden wir in der heutigen Morgenausgabe der „Breslauer Zeitung". Ueber die materielle Seite der Entziehung und ihre Rechtmäßigkeit werden unsere Vertreter im Stadtparlamente dem Magistrat bei passender Gelegenheit die gebührende Rechnung aufmachen. Selbst wenn es richtig wäre, daß die Freie Turnerschaft eine sozialdemokratische Parteiveranstaltung ist — bei der schon so oft vor aller Oeffentlichkeit unternommenen Widerlegung dieser Behauptung müssen wir aber den Magistratsoffiziösen der bewußten Unwahrheit zeihen —, doch selbst wenn es richtig wäre, so gälte auch hier immer noch das Wort, das wir heute in der freisinnigen „Frankfurter Zeitung" finden: „Nach unserer Verfassung und unserem Staatsrecht ist die Sozialdemokratie vollkommen gleichberechtigt mit den übrigen Parteien", und es ist nichts wie eitle Kiopffechterei, wenn der offiziöse Artikelschreiber meint, wegen ihrer Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie habe die Freie Turnerschaft „auf eine Förderung auf Kosten der Allgemeinheit durch die unentgeltliche Hergabe von städtischen Räumen keinen Anspruch".

Wogegen wir uns aber heute wenden, das ist die im Stile des Reichsverbandes und des Herrn Justizrat Kärnbach gehaltene Form der magistratsoffiziösen Antwort. Der Arbeiter-Turnerbund und die hiesige Freie Turnerschaft ist nicht „notorisch" als ein „Produkt sozialdemokratischer Agitatorenweisheit" anzusehen, und diese Vereine wurden nicht „nach Aufhebung des Sozialistengesetzes im bewußten Gegensatz zu den unpolitischen Bestrebungen der Deutschen Turnerschaft" gegründet, sondern sie mußten gegründet werden, weil man Leute, die das verfassungsmäßige Recht, eine sozialdemokratische Gesinnung zu haben, für sich in Anspruch nahmen, aus der Deutschen Turnerschaft ausgeschlossen wurden, aber darum noch lange nicht auf die Wohltat der Leibesübungen verzichten wollten.

Die ganze Tonart des Artikels, der sich aus Denunziationen nicht nur der Gesinnung zusammensetzt, sondern geradezu den Staatsanwalt auf „Gotteslästerung" und „Aufreizung zum Klassenhaß" und „Antimilitarismus" aufmerksam macht, spricht jeder freisinnigen Denkungsart so sehr Hohn, daß wir uns zwar nicht über die Bereitwilligkeit der „Breslauer Zeitung", ihn aufzunehmen wundern, wohl aber darüber, daß der Artikelschreiber sich am Herdfeuer des Magistrats wärmen durfte.

* **Rechtsschutzstelle für Frauen.** Uns wird geschrieben: Die Entwickelung, die die Breslauer Rechtsschutzstelle für Frauen in den wenigen Jahren ihres Bestehens genommen hat, zeigt, wie segensreich ihre Tätigkeit empfunden wird. Die Rechtsschutzstelle hat es sich zur Aufgabe gemacht, denjenigen, denen Mittel und Zeit fehlen, ihre Angelegenheiten in wirksamer Weise zu verfolgen, nach Möglichkeit zu helfen. Sie steht daher unbemittelten Frauen zur Anfertigung von Gesuchen, Klageschriften, zur Auskunftserteilung über Invaliden-, Alters- und Krankenversicherung, zum Nachweis von Wohlfahrtseinrichtungen jeder Art ꝛc., unentgeltlich zur Verfügung. Wie es das Bestreben der Rechtsschutzstelle ist, jedem zu seinem Recht zu verhelfen, so gelingt es ihr auch oft, durch ihre Vermittelung Weiterungen zu vermeiden. Um dem häufig beobachteten Elend der Mütter unehelicher Kinder bis zur Erledigung der Alimentenklage vorzubeugen, sei bemerkt, daß diese Klagen bereits vor der Niederkunft angestrengt werden können. Auch hierüber näheren Bescheid erteilt die Rechtsschutzstelle für Frauen, Basteigasse 6a, II. Sprechstunden finden Montag, Mittwoch, Freitag von 4½—7 Uhr Nachmittags statt.

* **Die Kohlen werden immer teurer.** Die vereinigten niederschlesischen Kohlengruben beschlossen eine Preiserhöhung für alle von Mitte November ab beim Werke abgehenden Steinkohlen von 2—7 Pf. für den Zentner steigend. — Für die schwerreichen Grubenmagnaten immer reichere Gewinne, für die Arbeiterbevölkerung immer größere Ausgaben, so will es die göttliche Weltordnung.

* **Alter Sitte gemäß.** Die Ankündigung, wonach das Deutsche Sängerfest in Breslau einen Ueberschuß gebracht habe, beruht — auf einem Irrtum. Wie die „Schl. Zeitung" meldet, schließt das Deutsche Sängerfest ebenso mit einem Defizit ab, wie seine Vorgänger und wie andere deutsche Feste und Ausstellungen. Es soll ein ganz erhebliches Defizit sein und die Garantiefondszeichner, zu denen die Stadt Breslau auch gehört, werden noch blechen müssen. Erst das Vergnügen und dann der Kater.

* **Zur Hundesperre.** Es ist häufig, besonders seit Verhängung der Hundesperre, beobachtet worden, daß die Bürgersteige der Stadt durch Hundekot in grober Weise verunreinigt werden. Der Polizeipräsident weist deshalb in einer Bekanntmachung im „Breslauer Fremden- und Intelligenzblatt" darauf hin, daß die Grundstücks- und Hausbesitzer verpflichtet sind, jede außergewöhnliche Straßenverunreinigung sofort beseitigen zu lassen. Unter diese Verpflichtung fällt auch die alsbaldige Entfernung des auf Bürgersteigen sich vorfindenden Hundekotes. In der Bekanntmachung wird ferner darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Polizei-Verordnung vom 9. April 1898 große Hunde auf den Bürgersteigen in der inneren Stadt nicht geführt werden dürfen. Zuwiderhandlungen werden unnachsichtlich bestraft werden.

* **Da Leitungswasser** wies nach der Analyse vom 8. d. M. nur minimale Spuren von Manganoxydul und Mangansulfat auf. Die Förderung nach der Stadt belief sich am 8. d. M. auf 14,600 cbm Grundwasser und 26,182 cbm Oderwasser.

† **In die Oder gestürzt.** In der Nacht zum 12. d. Mts stürzte ein auf der Hermannstraße wohnender Arbeiter bei der Matthiaskunst über das Geländer in die Oder. Den ihm zugeworfenen Rettungsball vermochte er nicht zu erfassen, er konnte sich aber, im Wasser stehend, so lange an einem Haken in der Ufermauer festhalten, bis ihm ein Schutzmann im Rettungsboot zu Hilfe eilte. Der Mann wurde dann dem Allerheiligen-Hospital zugeführt.

† **Vergiftet.** Ein Gürtlermeister verstarb am 12. d. Mts., Mittags, in seiner Wohnung auf der Kupferschmiedestraße, nachdem er einige Löffel Suppe gegessen hatte. Es liegt anscheinend Selbstmord durch Vergiftung vor. Die Leiche wurde in die Anatomie geschafft.

† **Vermißt** wird seit dem 7. d. M. das 7 Jahre alte Mädchen Frieda Mücke, Berlinerstr. 31.

† **Schwere Unfälle.** Ein Handlungsgehilfe aus Berlin, der hier bei Verwandten zu Besuch weilte, stürzte am 12. d. M. Abends in dem Hause Höfchenstraße 47 aus dem 4. Stock über das Treppengeländer und zog sich einen Schädelbruch zu. Er wurde alsbald im Wengel Hanckeschen Krankenhause untergebracht. — An demselben Tage kam ein Arbeiter auf der Gräbschenerstraße beim Besteigen eines in Fahrt befindlichen Straßenbahnwagens zu Fall und erlitt Wunden im Gesicht.

† **Diebstahl.** Einem Dienstmädchen wurde in einem Tanzlokal auf der Gabitzstraße ein schwarzes Jackett mit schwarzweißem Futter gestohlen. — Einem Tischler von der Freiburgerstraße wurde eine Kinderwagendecke gestohlen.

Aus Schlesien und Posen.

Ein Rückschrittler mehr im Klassenparlament.

Bei der Landtagsersatzwahl im Wahlkreise Groß-Wartenberg-Namslau-Oels für den verstorbenen Abgeordneten v. Kardorff wurde mit allen abgegebenen 880 Stimmen der Rechtsanwalt Mertin-Oels zum Landtagsabgeordneten gewählt.

Kunststück.

Merzdorf, Kreis Bolkenhain, 13. November. Fabrikbrand. Gestern Abend kurz nach 6¼ Uhr brach in einem hölzernen Vorratsschuppen der hiesigen Spinnerei Feuer aus, das sich mit großer Schnelligkeit verbreitete und den Schuppen vollständig in Asche legte. Das Feuer sprang auch noch auf einen zweiten großen, gleichfalls hölzernen Vorratsschuppen über, der gleichfalls vollständig niederbrannte. Infolge der ungeheueren Glut des Feuers war zeitweise die ganze Spinnerei in großer Gefahr, doch gelang es, dank der außerordentlichen Tätigkeit der herbeigeeilten Feuerwehren, die Fabrikgebäude selbst und das Kesselhaus zu erhalten. Gegen 10 Uhr Abends war die größte Gefahr beseitigt. In dem ersten Schuppen befanden sich einige Ballen gepreßtes und etwas loses Werg, im zweiten Schuppen etwa 100 Zentner Heu und 200 Zentner Werg, sowie einige Holzvorräte. — Der Betrieb der Spinnerei ist nicht gestört. Die Entstehungsursache des Brandes ist noch nicht völlig aufgeklärt.

-t. **Haynau,** 14. November. Bei der gestrigen Gewerbegerichtswahl siegten die Kandidaten des Kartells über die des Gewerkvereins. Im 2. Bezirk wurde unser Genosse Hering mit 20 gegen 18 Gewerkvereinsstimmen gewählt, während im 6. Bezirk der Vertreter der Hirsche nur 5 Stimmen erhielt. Genosse Gärtner hatte hier 38 Stimmen auf sich vereinigt. Gerügt muß die Lauheit der Arbeiter werden. Von 150 bis 180 Wählern haben nur zirka 40 in jedem Bezirk von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Immerhin kann das Stadtblatt daraus ersehen, daß die „gewaltige Niederlage bei der Stadtverordnetenwahl", von der es in seiner letzten Nummer schreibt, der hiesigen Sozialdemokratie ganz gut bekommen zu sein scheint.

Haynau, 13. November. Niedergang der schlesischen Handschuhindustrie. Nicht nur in Haynau, sondern auch in anderen schlesischen Städten steht es mit dem Geschäfte der Handschuhmacher übel. So liegt die Glacehandschuhnähindustrie in Ziegenhals, die früher am Orte und in der Umgegend in voller Blüte war und viele Hundert Frauen und Mädchen beschäftigte, z. Z. arg darnieder. Viele Handschuhnäherinnen haben sich schon um einen anderen Erwerbszweig umgesehen, viele sind gegenwärtig ohne Erwerb. Die staatliche Handschuhnähschule, auf die so große Erwartungen gestellt wurden, besuchen gegenwärtig, der „Neisser Zeitung" zufolge, nur zwei Schülerinnen, die von zwei Lehrerinnen unterrichtet werden. Zu den Unterhaltungskosten dieser Schule leisten Beiträge der Staat, die Handelskammer in Oppeln und die Stadt. Letztere stellt die Räume zur Verfügung und zahlt außerdem noch 250 Mark.

Sagan, 13. November. Kindes Tod. Das einzige fünfjährige Söhnchen des Maschinenputzers Stove hier wurde von einem mit Kartoffeln beladenen Wagen überfahren. Der Tod trat nach kurzer Zeit ein.

Gleiwitz, 14. November. Unter die Räder. Die Königliche Eisenbahnbetriebsinspektion Gleiwitz teilt mit: Nach Durchfahrt des Güterzuges 8868 wurde vorgestern, Nachmittags 5½ Uhr, der Rangierer Stanitzek aus Beuthen auf dem Geleise liegend tot aufgefunden. Anscheinend ist der Getriebte von dem Güterzuge abgestürzt und unter die Räder geraten.

Tarnowitz, 14. November. Verschüttete Arbeiter. In einer Eisenerzgrube bei Tarnowitz wurden am Montag zwei Arbeiter verschüttet. Beide wurden als Leichen geborgen.

—r **Posen,** 13. November. Ein gefährlicher Prügel-Pädagoge. Die „Gaz. Ostr." in Ostrowo berichtet über folgenden unerhörten Fall von Schüler-Mißhandlung durch einen Lehrer. Der elfjährige Sohn des Wirtes Kempinski in Jankowo, der die dortige Schule besucht, erhielt vom Lehrer einige Stockhiebe über den Kopf. Zu Hause angekommen, mußte sich der Knabe, der über heftige Kopfschmerzen klagte, zu Bett legen und wurde gleich darauf besinnungslos. Am nächsten Tage starb der Schüler an Gehirnentzündung. Die eingeleitete Untersuchung soll ergeben haben, daß der Lehrer die Kinder öfter auf den Kopf geschlagen hat. Der unmenschliche Jugenderzieher ist von seinem Amte suspendiert worden. Schüler-Selbstmorde und schwere Schüler-Mißhandlungen bezeichnen den Weg der preußisch-deutschen Kultur in den Ostmarken.

Gnesen, 12. November. Noch ist Polen nicht verloren. Die hiesige Polizei hatte in mehreren Lokalen Polyphonplatten mit polnischen Melodien konfisziert. Von der Strafkammer wurde nach Anhörung der Sachverständigen in der Sache folgendes Urteil gefällt: Die Platte mit der Melodie „Noch ist Polen nicht verloren" ist unbrauchbar zu machen, von den Platten mit den Melodien „Polnisches Lied" und „Gott, der du Polen" ist die Aufschrift zu beseitigen.

—r. **Bromberg,** 11. November. Meuternde Geistliche. Zwischen den polnischen Geistlichen der Diözese Kulm und dem Bischof Rosentreter daselbst, der von ersteren hakatistischer Bestrebungen beschuldigt wird, ist eine heftige Fehde entbrannt. In der „Gaz. Grudz." schreibt ein polnischer Geistlicher u. a.:

„Wer sich die Wirtschaft der bischöflichen Behörde näher ansieht, der komme zu der Ueberzeugung, daß diese Behörde die Ansichten der Geistlichkeit und der polnischen Diözesanen geradezu mißachte und die Polen nicht für einen Faktor halte, mit dem sie ernstlich rechnen müsse. Der bischöflichen Behörde handle es sich hauptsächlich darum, zur Regierung gute Beziehungen zu unterhalten, als ob die Bischöfe für die Regierung geschaffen worden wären. Mit einem „Märtyrer-Bischof" würden sämtliche Geistliche und das gesamte Volk gehen, während dem politisierenden Bischof lediglich Liberale und Freimaurer folgen würden..... Leider sei auch der Mangel an Vertrauen der Kirchenbehörden zu der Geistlichkeit wahrzunehmen. Die Folge davon sei, daß man niemals wisse, ob die Anordnungen der Kirchenbehörde ernst zu nehmen seien. Man frage sich auch bereits in der Diözese, welcher Unterschied zwischen Rom und Pelplin bestehe und beantworte diese Fragen dahin, daß Rom in seinen Entscheidungen unfehlbar, Pelplin dagegen unbegreiflich sei."

Der Bischof Rosentreter hat bereits die polnischen Zeitungen auf den Index gesetzt und seinen Schäflein verboten, andere polnische Blätter, als den „Kath. Wegweiser" zu halten oder zu lesen. Die Geistlichkeit befindet sich daher in einer heftigen Opposition zu ihrem Oberhirten. Das schöne Bibelwort: „Liebet Euch untereinander" scheint demnach für diese Herrschaften nicht zu bestehen. Jedenfalls aber bekommt man hier einen kleinen Begriff davon, wie es etwa einem germanisierenden Erzbischof in Posen ergehen würde. Die polnischen Kapläne sind gar streitbare Kämpen!

Kleine provinzielle Nachrichten.

Nach amtlicher Mitteilung sind im Oktober in Schlesien 15 Personen an Genickstarre erkrankt und 12 gestorben. — Eine eigenartige Naturerscheinung wurde in der Nähe von **Habelschwerdt** beobachtet. In später Abendstunde ertönte plötzlich eine Detonation, und die ganze Umgegend wurde auf einen Moment hell strahlend erleuchtet. Mutmaßlich liegt dieser Beobachtung das Niedergehen eines Meteors zugrunde. — Aus dem Zuge gestürzt ist zwischen **Moblau** und **Reisicht** der 6jährige Sohn eines zurückkehrenden Auswanderers. Er erlitt glücklicherweise nur leichtere Verletzungen und lief zu den in der Nähe arbeitenden polnischen Arbeitern, wo ihn sein Vater, der den in Reisicht zum Stehen gebrachten Zug inzwischen verlassen hatte, wieder in Empfang nahm. — In der in **Beuthen** stattgefundenen Generalversammlung des Oberschlesischen Roheisensyndikates wurde die Verlängerung desselben auf ein weiteres Jahr, das ist bis Ende 1908, beschlossen.

5583

E. Breslauer

Albrechtsstrasse, Ring u. Schmiedebrücke-Ecke.

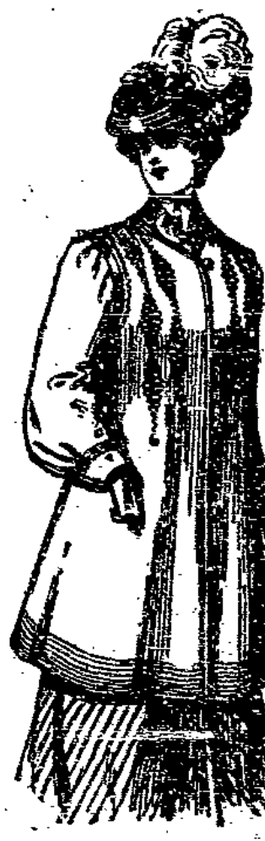
Engl. Paletots von **7** Mk. an

Schwarze Frauen-Paletots von **9** Mk. an

Jaquettes von **6** Mk. an

Bekannt grösste Auswahl! Bekannt beste Abarbeitung!

Bekannt billigste Preise!



Versammlungen und Vereine.

Achtung, Zigarettenarbeiter! Nachdem die Zigarettenarbeiterinnen bei der Firma **Halpaus** durch Eintritt in den deutschen Tabakarbeiter-Verband ganz bedeutende Verbesserung auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielt hatten, sahen sich auch die Zigarettenarbeiterinnen der Firma **Sultan** (Inh. **Prgedecky**) gezwungen, der Organisation beizutreten, um ebenfalls bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen. Infolgedessen sah sich die Firma veranlaßt, eine Lohnzulage von 25 bis 45 Pf. pro Mille zu gewähren. Das bedeutet einen Mehrverdienst von 1.50 Mk. bis 2 Mk. pro Woche, gewiß ein schöner Erfolg. Hoffen wir, daß die Zigarettenarbeiterinnen in beiden Betrieben die Lohnzulage auf die Dauer zu halten wissen; das können sie nur, wenn sie treue Mitglieder des deutschen Tabakarbeiter-Verbandes bleiben.

* **Achtung, Tabakarbeiter!** Der Streik bei der Firma **Hoffmann**, Sternstraße 84, ist nach einer halbtägigen Dauer mit Erfolg beendet. Lohnzulagen erfolgten für Roller auf alle Sorten in Höhe von 50 Pf. pro Mille, für Wickelmacher in Höhe von 50 bis 55 Pf., sodaß auch hier der Minimallohn anerkannt ist. Folgende Firmen haben bis jetzt die Forderungen bewilligt: Arthur Deter, Gartenstraße; Otto Deter, Friedrich-Wilhelmstraße; Bachur und Scharte, Berlinerstraße; L. Wruck, Trebnitzerplatz; O. Wruck, Berlinerstraße; Chr. Rust, Berlinerstraße; W. Kittner, Königgrätzerstraße; Frommert, Matthiasstraße; Th. Morawsky, Friedrich-Wilhelmstraße; M. Lampke, Roßplatz; Grezibek, Friedrich-Wilhelmstraße; O. Dullin, Höfchenstraße; R. Zibulla, Kurzegasse; P. Fiedler, Kurzegasse; K. Klar, Roßplatz; O. Reichelt, Weißenburgerstraße; F. Wiesner, Fischerstraße; Schierlich, Oderstraße; Langner, Bismarckstraße; J. Bluschke, Neudorfstraße, Schüller, Bartschstraße und A. Kern, Schweitzerstraße.

* **Tapezierer-Verband.** Bei der Firma M. Leibecke in Königshütte i. Schles. sind Differenzen ausgebrochen und haben die drei dort beschäftigten Kollegen die Arbeit niedergelegt. Die Firma sucht im „Generalanzeiger" erstklassige Kräfte. Die Kollegen werden ersucht von dieser Notiz Kenntnis zu nehmen.

Die Bezirksleitung.

Aus den Gerichtssälen.

Zwei Hauptagitatoren aus der Polenbewegung,

die Besitzer Kuas und Hernet aus Jerzewo-Hauland, standen gestern wegen versuchten Mordes beziehungsweise Anstiftung zum Morde vor Gericht. Kuas hatte in der Nacht zum 22. August auf Anstiften des Hernet durch das Fenster in das Schlafzimmer des Lehrers Gabrielski mit einer Jagdflinte einen Schrotschuß abgefeuert, der zwar nicht getroffen hatte, die Bettstelle aber mit 16 Schrotkugeln durchlöchert hatte. Kuas wurde zu 6 Jahren, Hernet zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt. Ein näherer Bericht über die Ursachen des Attentats liegt uns noch nicht vor.

Ein originelles Vergehen wider das alte preußische Preßgesetz

beschäftigte das Breslauer Schöffengericht. Der Kartonagenfabrikant Bruno **Kloß** ist ein sehr nervöser und leicht reizbarer Mann, dessen Abneigung gegen die Polizei zudem noch eine besonders ausgeprägte ist. Wegen Zusammenstößen mit Schutzleuten hat er bereits mehrere Strafen erlitten. Kurze Zeit nach seiner letzten Bestrafung will er beobachtet haben, wie ein Schutzmann mit dem Finger nach ihm gezeigt und gelacht habe. Er stellte ihn deshalb zur Rede und soll dabei ebenfalls wieder eine Schutzmannsbeleidigung begangen haben. Unter Anklage gestellt, suchte er nach Zeugen für den Vorfall. Dies tat er in der Weise, daß er den Eröffnungsbeschluß des Gerichts im Schaufenster seines Geschäfts aushängte und ferner ein mit Blaustift geschriebenes Plakat im Fenster anbrachte, durch das Zeugen, die jenen Vorfall beobachtet, aufgefordert würden, sich zu melden. Einige Tage später erschien dann in den Geschäftsräumen der Revierkommissar in Begleitung zweier Schutzleute und ließ durch diese die Plakate aus dem Fenster entfernen. Nachdem dies geschehen, forderte Kloß den Kommissar zum alsbaldigen Verlassen des Lokals auf; nachdem die Amtshandlung beendet, habe er, der Kommissar, nichts mehr bei ihm zu suchen. Gleichzeitig ging er nach seiner Werkstatt, um Zeugen für die weiteren Vorkommnisse herbeizurufen. Dann öffnete er die Tür und mit Donnerstimme befahl er nochmals den Beamten, sich aus seinen Räumlichkeiten zu entfernen, da sie sich sonst eines Hausfriedensbruches schuldig machten. Dabei trat er aus dem Laden und stellte sich an seinem Schaufenster auf. Der Kommissar befahl ihm beim Gehen, sich ruhig zu verhalten und sich in den Laden zu begeben. Kloß erwiderte, es könne ihm niemand verbieten, sich vor seinem Schaufenster aufzuhalten, worauf er auf Befehl des Kommissars von den beiden Schutzleuten gefaßt und zur Wache gebracht wurde. Das Schöffengericht hat ihn jetzt wegen Uebertretung des alten preußischen Preßgesetzes und weil er ungebührlicher Weise ruhestörenden Lärm erregt haben soll, als er die Polizeibeamten zum Verlassen seiner Lokalitäten aufforderte, zu **zehn Mark Geldstrafe** verurteilt.

Aus der Verhandlung verdient noch ein Moment hervorgehoben zu werden. Als Zeugin wurde eine Frau vernommen, die bei Kloß als Wirtschafterin tätig ist. Als sie vereidigt werden sollte, erklärte sie, sie sei gern bereit, die Wahrheit zu sagen, **unter ihrem Eide könne sie das aber nicht.** Die draußen stehenden Polizeibeamten würden die Sache sicher ganz anders darstellen und **da ihnen doch geglaubt werde**, laufe sie Gefahr, sich **einer Anklage wegen Meineides aussetzen, wenn sie wirklich die Wahrheit aussage.** Die Zeugin ist dann als der Mittäterschaft verdächtig unvereidet gelassen worden.

Leckermäuler.

Vor dem Breslauer Schöffengericht hatte sich der Schlosserlehrling Alfons E. wegen Diebstahls zu verantworten. Am 25. August war er mit seiner achtjährigen Schwester in den Zoologischen Garten gegangen. Nachdem sie lange genug Löwen und Elefanten bewundert, streiften sie zwischen den im Garten aufgestellten Tischen umher. Da lag hier ein Stückchen Zucker und dort ein Stückchen Kuchen, während die Platzinhaber im Garten promenierten. Das Mädchen wußte mit raschem Griffe all die Süßigkeiten an sich zu bringen und Alfons barg sie in seinen Taschen. Gefährlich wurde aber die Sache, als einige Gäste bemerkten, wie das Mädchen in gar verdächtlicher Weise an der Schürze eines vereinsamt daliegenden Pompadours zog, um sich auch diesen anzueignen. Die Kinder wurden nun festgehalten und bei der Revision der Taschen fand man bei Alfons zwei Servietten, die ebenfalls bereits gestohlen worden waren. Jetzt ist er mit fünf Tagen Haft bestraft worden, während gegen das strafunmündige Mädchen ein Verfahren nicht zu eröffnen gewesen war.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12—1 Uhr Mittags.

Th. W., Kreis Breslau. An dem Vortragskursus können auch die Genossen des Landkreises teilnehmen. Besten Gruß.

Lostau-Sosna. Die Unterstützung, welche die Familie während Ihres Aufenthalts in der Heilanstalt von der Landes-Versicherungsanstalt bekommt, darf nicht wegen rückständiger Steuern vom Magistrat gepfändet werden; das ist gesetzwidrig. Beschweren Sie sich bei der Landes-Versicherungsanstalt.

M. K. Bei der Größe Ihrer Wohnung dürfen Sie das Kind in Pflege nehmen.

Quittung.

Für die Hinterbliebenen des verunglückten Genossen Homisch gingen ein:

Bereits quittiert	572.60	Mk.
Gesangverein „Treue"-Herischdorf	8.35	„
Gesammelt durch Scholz, Liste 2	19.30	„
Vom Genossen Scharf	3.—	„
Summa	603.75	Mk.

Um baldige Ablieferung der noch ausstehenden Listen wird gebeten, da die Sammlung geschlossen werden soll.

In der Expedition des „Proletarier" gingen ein: durch J. Kruppa-Kattowitz 52.07 Mk.

Quittung.

Für den **Widerstandsfonds** der durch Magistrats-Verfügung aus den städtischen Turnhallen vertriebenen Freien Turnerschaft Breslau gingen ein:

Gesammelt im Bergkeller, 8. und 9. Distrikt, 14 Mk. Gesammelt bei der Kartoffel- und Herings-Partie Pohlanowitz 5.84 Mk. Liste Nr. 77 durch Hermann Waberfek 3.10 Mk. Liste Nr. 4 durch Hermann Waberfek 6.70 Mk. Liste Nr. 23 gesammelt in der Möbelfabrik Maximilian Kramer durch O. Blasseck 5.70 Mk. Liste Nr. 1 öffentliche Turnerversammlung Altwasser durch Schramm 11.80 Mk. Summa 47.14 Mk.

Die Liste Nr. 148 ist verloren gegangen. Dieselbe ist anzuhalten und an den Unterzeichneten abzuliefern. Weitere Spenden nimmt entgegen O. Blasseck, Tschepinerstraße 28, 1. Etage.

7. Ziehung 5. Klasse 217. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 13. November 1907, vormittags.

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

[illegible]

7. Ziehung 5. Klasse 217. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 13. November 1907, nachmittags.

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

[illegible]